

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gespalt. Zeitspalt. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

### Empfindet die Gegenwart sozial?

Raum ein anderes Wort ist unserer Zeit so geläufig wie das Wort „sozial“. Trotzdem wäre es falsch, anzunehmen, daß nun auch stets das, was in diesem Worte eingeschlossen ist, verstanden wird. Den ganzen Inhalt des Begriffs „sozial“ haben leider erst recht wenige Menschen erfasst. Wenn wir vom Sozialen sprechen, bleiben wir im allgemeinen zu sehr an der Oberfläche der Dinge haften. Es fehlt noch überall an tieferem sozialen Empfinden und Verstehen, aus dem doch schließlich das soziale Wollen und Tun entspringen muß. Unsere sozialen Geseze und Einrichtungen sind nur in seltenen Fällen darauf zurückzuführen, daß ein inneres als Pflicht und Aufgabe empfundenes Müßen die Menschen drängte, schützend, sorgend, helfend für diejenigen einzutreten, die auf der Schattenseite des Lebens zu wandern gezwungen waren. Es waren vielmehr in der Hauptsache „praktische Bedürfnisse“ oder gar unmittelbar zwingende Verhältnisse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, aus denen heraus der soziale Fortschritt geboren wurde. Es war mehr oder fast ausschließlich ein äußerer Zwang, der zum sozialen Handeln drängte. Fast stets stand nur ein äußeres Müßen hinter den sozialen Leistungen der letzten Jahrzehnte, selten ein inneres, ein aus geistig-seelischen Kräften geborenes Nichtanderskönnen als zu helfen, wo Not war, zu bessern, wo Fehler und Mängel bestanden, zu kämpfen, wo Gerechtigkeit und Wahrfähigkeit verletzt wurden.

Deshalb ist es verwerflich, wenn, wie es oft beobachtet werden kann, die wirtschaftlich Bessergestellten sich die sozialen Errungenschaften der Neuzeit zum Verdienst anrechnen. Gerade solches selbstgefälliges Benehmen derjenigen, die „soziale Opfer“ bringen, wie sie sagen, beweist, daß wir geistig noch tief im Unsozialen stecken. Niemand bringt soziale Opfer; alle, die von größerem Verdienst oder Besitz soziale Leistungen vollführen, sind dazu sittlich verpflichtet. Es gibt kaum erst solche umfangreichen sozialen Leistungen der wirtschaftlich Bessergestellten, die als eine volle Pflichterfüllung den wirtschaftlich Schlechtergestellten gegenüber gelten können. Nicht zu prahlerischem Sichbrüsten mit vollbrachten sozialen Taten und Leistungen ist Grund vorhanden, sondern zu stiller Bescheidenheit, wenn nicht gar zu Vorwürfen, daß nicht mehr gesehen ist. Es ist ja übrigens pure Heuchelei, sich mit Leistungen zu brüsten, die gar nicht aus freiem Willen heraus entsprungen sind, die entweder kluger selbstsüchtiger Berechnung entsprangen oder einem Druck der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, dem man nicht widerstehen konnte. Aber das ist es ja eben, das wahre Wesen des Sozialen wird erst selten verstanden. Wo nichts weiter geleistet wird, als einen bescheidenen Teil sozialer Pflichten und Aufgaben zu erfüllen, glaubt man immer noch Wohltaten auszuüben, Geschenke zu geben, Großmut und Edelmut zu beweisen. Man hält sich für den gebenden Teil und ist doch nur der schuldenbe Teil. Da, wo soziales Tun wirksam werden muß, hat niemand etwas von denen zu erbitten, die gesellschaftlich, wirtschaftlich, rechtlich bevorzugt dastehen. Man kann und man muß fordern, nötigenfalls erzwingen, was menschlich recht und billig ist.

Es gibt eine soziale Pflicht im doppelten Sinne: für die wirtschaftlich Stärkeren ist es Pflicht, den Schwächeren zu helfen, recht zu tun, und für die wirtschaftlich Schwächeren ist es Pflicht, ihr Recht auf soziale Unterstützung und Emporhebung zu fordern. Nötigenfalls müssen sie durch vereintes Können für eine sittliche Verbesserung der Rechtsauffassungen die menschliche Kultur vorwärts zu treiben versuchen. Auch der in Gesellschaft und Wirtschaft Benachteiligte soll nicht lediglich, deshalb sozial sein, weil er damit seinem Vorteil nützen kann. Nicht, daß das unberechtigt wäre. Es ist nicht nur berechtigt, sondern auch notwendig, bitter notwendig, für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der Masse einzutreten. Aber mehr als um die äußeren wirtschaftlichen Dinge handelt es sich im Sozialen doch um das Sittliche, um das menschlich Ideale. Das soziale Streben der Zeit muß festhalten, wenn es sich im wirtschaftlich Tatsächlichen genug sein läßt, wenn es nicht danach trachtet, das Fühlen und Verstehen, das gesamte innere Urteilen und Wollen der Menschen umzustellen. Es scheint fast danach, daß die soziale Entwicklung heute an den gefährlichen Punkten angekommen ist, wo sie mit den alten Mitteln nicht weiter vorwärts getrieben werden kann. Selten ist der Widerstand gegen soziale Pflichterfüllung so offen und scharf zutage getreten wie in letzter Zeit. Aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird eine Waffe gegen alles Soziale zu schmieden versucht. Und doch sind nicht die sozialen Lasten, wie man sagt, die wahre Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern ganz andere Dinge. Nicht zum wenigsten vertragen die sittlichen Kräfte der Unternehmerschaft. Eifrenlicher Weise wird das in letzter Zeit sogar öffentlich gesagt, besonders von der deutschen Wissenschaft. Ist es nicht im höchsten Grade abstoßend, wenn Unternehmer und leitende Wirtschaftsbeamte fortgesetzt nach Senkung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenmassen rufen und sich selbst sogar in solcher Zeit noch Riesengehälter und so hohe Zuwendungen aller Art bewilligen, als könne man das Geld mit vollen Händen vergeuden? Es ist fraglos der größte Mangel an der Gegenwart, daß die Unternehmerschaft

gestellten nicht mitfragen wollen an dem Schwere, das über unser Volk gekommen ist. Man gibt mit der einen Hand den Generaldirektoren eine viertel oder sogar eine halbe Million Gehalt im Jahre und die andere nimmt von den Bedürftigen, die die Werte erarbeiten müssen, Lohn- und Gehaltsabzüge entgehen. Und damit ist es noch nicht genug: man verschwendet, wenn man selbst dadurch Vorteil hat oder erwartet,

### Was

die RPD. mit ihrer Untergruppe RSO. will? Nichts anderes als die Zerstückung und damit die Schwächung der Gewerkschaften.

### die

aus ehemaligen Arbeitssklaven selbstbewusste Menschen gemacht haben und von jeher befreit waren, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, ohne ihr die schwersten Opfer zuzumuten, wie es die

### RSO.

tut mit ihrem fortwährenden Geschrei: Streik, Streik, Streik! Die durch die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer erbitterte Arbeiterschaft aus den Betrieben herauszuholen

### kann

irgendein Schreihals fertigbringen, aber er kann die Streikenden nicht unterstützen, er kann deren Familien nicht helfen in ihrer Not

### und

vor allem, er kann die Streikenden nicht wieder in den Betrieb bringen. Das ist es, was die Unternehmer wollen. So werden die Arbeiter mit Hilfe der RSO. marbe gemacht, daß sie eines Tages in den Betrieb laufen und um Arbeit betteln müssen. Aber

### was

hat die Arbeiterschaft mit solchen hirnlosen RPD.-Streichen gewonnen? Nur das eine, daß sie jetzt die Willkür der Unternehmer und den Hohn ihrer Spießgesellen noch mehr zu fühlen bekommen. Die RSO. in ihrer Unfähigkeit überläßt ihre Opfer ihrem Schicksal, nachdem

### sie

dieselben einige Wochen mit Wasserjappen abgefäkert hat. Wer gegen diese Dummejungentaktik Front macht, der ist ein Verräter. — Die Führer der freien Gewerkschaften präsen vor jedem Kampf die Machtverhältnisse der beiden Fronten, und wenn für die Arbeiterschaft die Situation

### nicht

günstig ist, wenden sie nicht das letzte Mittel, den Streik, an, oder sie bringen den Kampf zeitig zu Ende, wenn eine Weiterführung nur noch Nachteile für die Arbeiterschaft bringt. Die Arbeit wird dann gemeinsam aufgenommen, die Opfer sind geringer, als wenn ein Kampf „verhandelt“. So

### kann

die RSO. nicht handeln, weil sie ja nicht vernünftig handeln will und weil sie der naiven Meinung ist, man könne in Deutschland mit einem Schläge erreichen, was in Rußland seit 1917 nicht erreicht werden konnte. Die heutigen Lohnkämpfe würden für die Arbeiterschaft günstiger verlaufen, wenn die Unternehmer nicht eine Stütze in der RSO. hätten.

auf die grauenvollste Weise, schent sich aber nicht im geringsten, zu gleicher Zeit nach staatlicher Unterstützung zu rufen. Und bei solchem Verhalten wagt man noch fortwährend andere herabzusetzen und zu beleidigen. Nein, das Unternehmertum fühlt nicht sozial, es fühlt in abschreckend übertriebener Weise selbstsüchtig. Es organisiert sich in Kartellen usw., um dem verarmten Volke hohe Preise aufzwingen zu können, wodurch dann der Verbrauch immer mehr zurückgeht und der Wirtschaftskreislauf immer größer wird. Würde das Unternehmertum seine sozialen Unternehmerpflichten erfüllen, dann wäre die deutsche Wirtschaft bestimmt weniger mit hemmendem Wirtschaftsballast angefüllt, denn dann würde man die Wirtschaft darauf einstellen, dem Allgemeinwohl zu dienen und nicht nur dem Wohle einer besitzenden Klasse. Es gibt verschiedene Ursachen für die große Arbeitslosigkeit, aber der unsoziale Geist der Kapitalisten ist unter allen die erste und schlimmste Ursache.

Wenn die Menschheit es lernen will, tiefinnerlich sozial zu

lernen, streng sachlich und gewissenhaft gerecht zu fühlen zu handeln. Wer die Dinge sachlich richtig sieht und bemüht ist, sachlich richtig und zweckmäßig, das heißt für Allgemeinwohl richtig und zweckmäßig, zu handeln, der kommt ganz von selbst auf ehrliche soziale Wege. Die Unternehmervelt sieht alle wirtschaftlichen Dinge mit den Augen gewinnstüchtigen Geschäftsmannes an. Es ist ihr fast unmöglich, sachlich und gemeinnützig zu denken, unmöglich fast ohne Nebenempfindungen geschäftlicher Art sozial zu denken. Es werden wohl soziale Worte im Munde geführt, viel will man auch manchmal an „unternehmerart sozial sein“ tun. Aber solange man nicht seine Unternehmernaufgabe sieht, dem Volke und Staat zu nützen, die Wirtschaft Einheit zu betrachten und zu vervollkommen, solange der soziale Gedanke nur ganz ungenügend das gesellschaftlich und staatliche Leben beeinflussen. Der soziale Gedanke ist Wohlwolltätigkeitsgedanke, sondern ein Kulturgedanke von sittlicher Kraft. Der wahrhaft sozial Empfindende will Zusammenleben und Zusammenarbeiten der Menschen seinen Grundzügen ändern, will es befreien von a Geschäftsmäßigen und Gemeinnutzeindlichen, vom Herren sowohl als auch vom Knechtsgeist. Wir alle, auch wirtschaftsabhängigen Lohn- und Gehaltsempfänger, ste mit unserem Empfinden noch tief in dem unsozialen Zeitalter der aus der kapitalistischen Wirtschaft geradzu in wucherischer Weise emporkam. Das ganze Leben der Gegenwart ist in die letzten Fasern hinein durchtränkt von dem selbstsüchtigen Geiste, unter allen Umständen dem eigenen Wohl dienen und dem Allgemeinwohl höchstens nebenher. Es ist aber umgekehrt sein. Wer daran noch gezweifelt hat, heute deutlicher als jemals früher erkennen, daß mit zwingender Notwendigkeit Schwierigkeiten über Schwierigkeiten daraus entstehen, wenn der alte Satz seine Macht behält: „Jeder ist sich selbst der Nächste“.

Sozialer Sinn ist gemeinnützigere staatsbürgerlicher Verantwortlichkeitsinn und deshalb ein hohes sittliches Kulturgut.

### An einen Anonymus in Klettwich.

Werter Kollege!

Deinen Brief vom 24. Dezember 1930 habe ich erhalten. Eigentlich tut es mir leid, daß ich den Raum „Proletarier“ mit der von Dir angeschnittenen Sache ansprechen muß, aber wenn ein so „nutziger Mann“, wie der Schreiber eines anonymen Briefes ist, bezweifelt, daß den Mut aufbringen würde, zu antworten, dann muß ich wohl beweisen, daß das Gegenteil zutrifft.

Organisiert scheint Du nicht zu sein, mindestens nicht uns. Kennst Du doch nicht einmal den Namen unseres Verbandsorgans. Aber über die Verbandsleitung darfst Du nicht schimpfen. Du brauchst ja nicht zu wissen, daß die Führer von Lohnkämpfen sich noch nach denselben statutarischen Bestimmungen, dem Streikreglement und den Verbandsbeschlüssen vollzieht wie vor 30 und mehr Jahren! Die kleine Minderheit von Mitgliedern hat aber nicht zu stimmen, daß wir Kommunistenpolitik treiben sollen.

Beim Allrussischen Gewerkschaftsbund wird nach folgendem Grundsatze verfahren:

Um den Lohnkampf nicht in einen wilden Kampf ausarten zu lassen, müssen wir unter Leitung der Gewerkschaften führen. Man muß auf Disziplin achten. Die Gewerkschaft ist verpflichtet, auf jede Störung des Produktionsprozesses schnell zu reagieren (Gegenwirkung ausüben). Sie muß bestreben sein, jeden Konflikt durch Schiedsgerichtsamt möglichst schnell zu erledigen, ohne es zu einen Streikankommen zu lassen. Es herrscht Schlichtungszwang in Rußland.

Wehe dem, der dagegen verstößen würde. Wenn wir irgendeiner Situation den Mitgliedern sagen, Ihr seid schuldenerantwortlich, dann sagen wir ihnen nichts anderes als die Wahrheit.

In dem Berliner Metallarbeiterstreik hatten wir nicht zu sagen und haben nichts dazu gesagt. Du darfst natürlich auch darüber und über den Gang der Wirtschaft ein Ur abgeben. Es ähnelt dem, das ein Minder über die Fa abgibt.

Wir bewilligen den Direktoren ihre Gehälter nicht. Verhandlungen und in den Aufsätzen der Gewerkschaftspräsidenten ist auf den Abbau dieser Gehälter dringend hingewiesen. Wenn wir den Abbau zu beschließen hätten, wäre er längst beschlossen.

Von den angeführten Steuern hat der Gewerkschaftsbund einige gefordert. Die sozialdemokratische Fraktion hat die auch beantragt. Für die von Dir angeführten Steuern neben den Sozialdemokraten und Kommunisten keine Partei im Reichstage gestimmt. Im Reichstage man eine Mehrheit für solche Steuern finden

Nun machst Du eine Aufstellung über meine Einnahmen. So habe ich diese wirklich nicht gekannt. Was ich monatlich an Gehalt beziehe, das kann jedes Mitglied aus dem Protokoll des Verbandstages vom Jahre 1928. ersehen.

Der Nazispiegel.

Berliner Nationalsozialisten haben ihre Führer naturgetreu photographiert. Der Text dieser Photographie lautet so: Berlin, den 12. Dezember 1930.

Pg., SA-Kameraden! Die soeben beendete Tagung des Reichstages hat unsere Ausführungen im Schreiben vom 18. November so klar bekräftigt, daß es klarer kaum noch möglich ist.

Es muß doch zu schön sein, im Smoking auf den besten Rangplätzen sich den Bourgeois zu präsentieren und sich während der Pausen in den Wandergängen mit den „Kollegen“ von der Deutschnationalen und der Deutschen „Volks“-Partei, den Großagrariern, Industriellen und reaktionären Beamten begrüßen und von den netten Gardamen sich als M. d. R. bewundern zu lassen.

Wahrlich: Es ist eine Last zu leben. Kämpfen wir dafür für unsere nationalsozialistische Idee? Opfern wir, damit es unseren Führern nur recht gut geht, Kraft, Zeit und Geld — stets einsehbar auch mit unserem Leben?

Macht mit uns Front gegen diese Auswüchse! Unbeseitigt, daß jeder Vernunftige unter unseren „Führern“ sich aus Mitteln der Bewegung einen Luxuswagen kauft. Wir sind gewiß die letzten, die sich dagegen wenden würden, daß sich die Bewegung jeden Fortschritt der Technik zu eigen macht, dazu gehören natürlich auch heute Automobile.

In unserem nationalsozialistischen Jahrbuch 1931 redet Dr. Goebbels mit Recht dem neuen nationalsozialistischen Lebensstil das Wort und wendet sich gegen die able Spießer-manner, auf Konsumvergnügen und Bierpilsela usw. die Spannung zur Schau zu tragen.

Was tut er aber selbst? Noch vor kurzem brachte der „Angriff“ Annoncen, in denen Gebildeten in Hakenkreuzform angepöbeln wurden. Der „Völkische Beobachter“ unseres Adolf Hitler veräußert für den Preis der Anzeigen die Gesinnung in gleicher Weise.

Es ist ein widerwärtiger Zustand, daß eine Regierung auf der einen Seite den Preisabbau mit allen Mitteln, wie sie sagt, fördern will und auf der anderen Seite gesetzliche Maßnahmen trifft, um eine Erhöhung der Preise der Lebensmittel zu erzwingen.

Wieviel noch zu schön sein, im Smoking auf den besten Rangplätzen sich den Bourgeois zu präsentieren und sich während der Pausen in den Wandergängen mit den „Kollegen“ von der Deutschnationalen und der Deutschen „Volks“-Partei, den Großagrariern, Industriellen und reaktionären Beamten begrüßen und von den netten Gardamen sich als M. d. R. bewundern zu lassen.

fähigen Arbeitern bevorzugt. Unseren Pg. Engel lassen die Bonzen der Gauleitung gütigerweise in der Vertriebszellenbewegung arbeiten. Da ist Engel unter seinesgleichen. Das Gaubüro und die Gauleitung werden aber möglichst arbeiterfrei gehalten. Wozu nennen wir uns eigentlich Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei? Damit die Herren Akademiker die Führerposten bekleiden?

Männer ohne Ansehen der sogenannten „Bildung“, die doch meist nur Lünche ist, brauchen wir an der Spitze. Keine Akademiker, keine Wajslappen. Erst recht nicht an der Stelle des obersten Führers der Partei. Ist es eines deutschen Mannes würdig, wenn er bei jeder Gelegenheit — sei es auch nur aus Theaterpielerei — Tränen vergießt? Ihr, die Ihr damals Anfang September an der Versammlung der SA. im Kriegervereinshaus teilnahm, werdet Euch erinnern, wie Adolf Hitler unter Vergießen von Tränen uns beschwor, Zwietracht und Streit zu vergessen und einig weiter zu kämpfen.

Sei Mensch, nicht Rohling!

Es ist wahr, daß nur revolutionäre Menschen die Geschichte gestalten, aber revolutionäre Gesinnung kommt nicht in lauten Worten oder brutalen Taten zum Ausdruck. Aus der Tiefe des Menschen wählen der Ernst und die Ehrfurcht vor der Größe des Schaffens. Im Weltgeschehen werden die stürmewollenden inneren Kräfte zusammengehalten zu einer Kraft. Und die ist heilig. Sie wird nicht verpufft. Sie bleibt, und sie wird gehütet wie eine heilige Flamme, zu schlagen und zehrend zu brennen, wenn der geschichtliche Augenblick es erheischt.

Ist das das Ideal eines echten deutschen und mutigen Mannes, der schon in der Parteiarbeit psychopathische Umwandlungen bekommt? Was soll erst im Dritten Reich werden?

Einige Pg. und SA-Kameraden. Dieses Schreiben ist vervielfältigt ins Reich hinausgegangen an die Pg. (Parteigenossen) und SA-(Sturm-Abteilungs-)Kameraden. Das Schreiben ist so klar und wahr, daß wir gar nichts hinzuzufügen brauchen.

Lebensmittelverteuerungs-Kalender für 1930.

Es ist ein widerwärtiger Zustand, daß eine Regierung auf der einen Seite den Preisabbau mit allen Mitteln, wie sie sagt, fördern will und auf der anderen Seite gesetzliche Maßnahmen trifft, um eine Erhöhung der Preise der Lebensmittel zu erzwingen.

Januar: Die Zölle für Roggen wurden auf 9 Mk. und für Weizen auf 9,50 Mk. je Doppelzentner erhöht. Februar: Die Einfuhr ausländischen Weizens wird abgedrosselt durch die Vorschrift, daß in jeder Weizenmehlmenge 50 Prozent Inlandweizen sein müssen.

Mai: Der Wert der den Großagrariern und Exporteuren geschenkten Einfuhrsteine wird auf 100 Mk. je Tonne ausgeführten Roggens erhöht. Der Zoll für Roggen wird auf 15 Mk. je Doppelzentner erhöht.

Oktober: Die zollfreie Einfuhr von Getreidefrucht wird gänzlich aufgehoben. Der Zollsatz für Weizen wird auf 25 Mk. für Gerste auf 20 Mk. je Doppelzentner erhöht.

Die Mähen müssen in den Monaten Oktober und November in der Weizenmenge, die sie in diesen Monaten vermahlen, mindestens je 80 Prozent Inlandweizen vermahlen. November: Der Butterzoll wird von 27,50 Mk. auf 50 Mk. je Doppelzentner erhöht. Dezember: Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember wird a) eine Verteuerung der Margarine herbeigeführt, indem die Verwendung ausländischen Talges oder Schmalzes kontingentiert wird; b) der Klebzoll auf 10 Mk. je Doppelzentner festgesetzt, was die Molkereiprodukte und Schweine im Preise erhöhen wird; c) der Hirsezoll von 1,50 Mk. auf 15 Mk. je Doppelzentner erhöht; d) die Regierung ermächtigt, den Gerstenzoll zu erhöhen.

Keynes zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise.

Der englische Volkswirtschaftler John Maynard Keynes verbreitet sich in einem Artikel im Hamburger „Wirtschaftsdienst“ über die Weltwirtschaftskrise. Er hegt die Befürchtung, daß die Lohnkürzung einem Lande und seinen Unternehmern nur so lange nützt, als die anderen nicht nachfolgen.

Internationale Arbeitslosigkeit.

Das Statistische Reichsamt hat für den Herbst 1930 die 29 wichtigsten Wirtschaftsländer zusammengefaßt und kommt dabei auf eine Gesamtarbeitslosigkeit von mindestens 14 Millionen Menschen gegenüber 7,5 bis 8 Millionen im Herbst 1929.

Table with 2 columns: Country and Unemployment figures. Includes Great Britain (4.8), Germany (4.7), United States (4.8), Poland (0.6), etc.

Ein linientreuer Kommunist.

„Der Schuhmacher“, das Verbandsorgan des Zentralverbandes der Schuhmacher, brachte in seiner Nr. 52 vom 23. Dezember folgenden Bericht aus Tüfelingen: In unserer letzten Mitgliederversammlung spielte sich ein Vorgang ab, der verdient, festgehalten und der Öffentlichkeit bekanntgegeben zu werden.

Der eigene Vater hat sich dann von seinem Sohn sagen lassen müssen, daß das kein richtiger Standpunkt ist. „Du bist mit aber ein richtiger Kommunist!“ hätte er ihm erklärt.

Es kam aber noch Schöner. Dem Mirzurenmischer, der für jeden Lohnabbau, auch in der Versammlung, nur die gewerkschaftlichen Führer verantwortlich macht, wurde entgegengehalten, daß er zwei Kinder habe, die in die Fabrik gingen, denen er aber verbiete, in den Verband einzutreten. (!) Gerade in dem Betrieb, wo sein Sohn arbeite, seien noch eine Reihe Unorganisierte, darunter auch sein Sohn, deshalb seien auch derartige Zustände dort.

Der so Apostrophierte nahm nun das Wort und erklärte: „Jawohl, ich habe meinem Sohn gesagt, daß er den Lohn nicht verlangen soll, da er sonst entlassen würde, und dann kann es sein, daß er noch keine Unterstützung bekommt. Meine Kinder halte ich deshalb dem Verband fern, weil ich kein Vertrauen zu ihm habe.“ Dabei ist er aber selbst Mitglied, und zwar eines, das fortgesetzt seine Vorgesetzten und Besserwisseren an den Mann bringen will.

### Wilhelm auf Parade\*.

Es ist einer der schönsten Marktplätze Deutschlands, der von Nürnberg, mit seinen alten Häusern, seinem Brunnen und dem Glockenspiel der Frauenkirche. Aber für den Nationalsozialismus ist es ein verhängnisvoller Platz: die WSA. hat in Nürnberg zwei ihrer größten Parteitage erlebt, 1927 und 1929, aber jedesmal ist der Tag ein erschreckendes Symbol wilhelminischer Außerlichkeit geworden.

Schon die Wahl des Tagungsortes ist wiederum bezeichnend: die leicht begeisterungsfähige Nürnberger Bevölkerung bildete für Hitler stets eine willkommene Statistrie. Beide Parteitage hatten zum Höhepunkt den Vorbeimarsch der gesamten SA.; alles übrige, der Delegiertenkongress mit seinen belanglosen Referaten (selbstverständlich ohne Diskussion), die Ausschüßlungen, alles war Nebenache. Die Parade war Krumpf!

Da stand der große Manikou-Hitler in seinem Mercedes auf dem Marktplatz, von Blumen überschüttet, hinter ihm eine lärmende Tribüne, und dann zog die SA. im Gleichschritt an ihm vorbei mit römischem Gruß und ihren römischen Legionsstandarten, derweil sein weiches Gesicht vor Freude glänzte. In solcher Stunde bekam seine Selbstüberschätzung und die falsche Erkenntnis von seinen Möglichkeiten stets neue Nahrung. Er sah nicht die Leerheit des Tages, der eigentlich hätte dazu dienen müssen, die Führern und Delegierten zusammen die schwierigen Fragen ideeller und faktischer Natur zu klären und vorwärts zu treiben.

Ein böshafter Unterführer sagte einmal, man solle doch den Parteitag das nächste Mal endlich in Norddeutschland abhalten; da würde man allerdings statt des Blumenregens aus den Festern Blumenköpfe auf den Schädel bekommen. Das aber würde für die Zukunft der Partei wesentlich fördernder und erkenntnisreicher sein. Aber eben aus dem gleichen Grunde wird Hitler niemals nach Norddeutschland gehen. Er braucht diese Selbsttäuschung, den Paradelärm, den Quaal-begeistert geschwenkter Fackeln. Auch Wilhelm II. mochte keine Arbeiter im Spalier; sie hätten „unvorhergesehene Zwischenfälle“ schaffen können!

Wit seinen Vorfahren aus dem Hause Hohenzollern teilte er noch eine andere Leidenschaft: den Reisetrieb. Er selbst hat es des öfteren ausgesprochen, daß er sich nichts Besseres wünsche, als immer per Auto in Deutschland herumfahren zu können. — Der kleine gehobene Mann, der es nicht mehr über sich vermag, in der dritten Klasse der Eisenbahn zu sitzen.

Nach seiner Zeugervernehmung im Leipziger Reichswehrprozeß ließ er sich von der Reichsbahnleitung Dresden einen Extrawaggon stellen, der ihn und sein Gefolge nach München zurückführte. Es gehört die wilhelminische Annahme dieses Führers einer „Arbeiter“-Partei dazu, die Mitgliedsgrößen seiner Anhänger für einen solchen Luxus hinauszumerfen!

Und 1929 sagte er in vertrautem Gespräch: „Ich muß jetzt endlich an die Macht, weil ich vierzig Jahre alt bin!“

Ich, nicht die Idee, Ich, weil ich vierzig bin, nicht etwa, weil ich das Reiffen der Stunde verpüre.

Dr. Helmut Klotz (Berlin).

\* Aus dem sechsten im Verlag Ernst Rowohlt (Berlin) erschienenen, von sachkundiger Hand geschriebenen Werk: Miltenberg, „Adolf Hitler, Wilhelm III.“

### 10. Ausschüßlung des ADBS.\*

Im Mittelpunkt der Verhandlung des Bundesauschüßes stand eine eingehende Aussprache über die allgemeine Lage.

Leipart erinnerte einleitend an die in der letzten Zeit erangangenen Schiedsprüche und an die noch schwebenden und in Aussicht stehenden Verhandlungen der Bergarbeiter, Buchdrucker und Landarbeiter. Er berichtete von eingehenden Besprechungen des Bundesvorstandes mit Vertretern der Regierung über die schweren sozialen Gefahren, die durch die Schließungspolitik der letzten Wochen und die systematisch betriebene Lohnsenkung heraufbeschworen werden, und über die Gefährdung der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen.

Spieß gab einen Überblick über das Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, wie es sich aus den gegenwärtigen konjunkturellen und politischen Verhältnissen wie aus der Lage auf dem Arbeitsmarkt ergibt. Die Arbeitslosigkeit wird im Laufe des Winters anwachsen. Insbesondere werden sich die Verhältnisse in der Bauwirtschaft verschlechtern. Die Gewerkschaften stehen infolgedessen vor der Frage, wie sie unter diesen für ihren Kampf schwierigen Bedingungen den drohenden Lohnabbau abwehren oder auf das geringste Maß beschränken können. Die Tariflöhne konnten bisher im größten Teile der Fertigwarenindustrie gehalten werden, während die überarbeitsfähigen Verdienste und Akkordlöhne bereits vielfach abgeglitten sind. Der Angriff gegen die Tariflöhne auf breiterer Front steht noch bevor. Im ersten Halbjahr 1931 wird er vermutlich größtenteils umfassen. Bis Ende Juni sind die Tarifverträge für rund drei Millionen Arbeiter kündbar. Demnach ist zu prüfen, welche Kräfte die Bewegung gegen diese Gefahr einzusetzen hat. Bei dieser Prüfung ist zu berücksichtigen, daß die faktische Situation, in der die Gewerkschaften bei diesen Kämpfen stehen werden, in hohem Maße bestimmt wird durch die staatliche Schließung, namentlich durch die Anwendung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen. Das Reichsarbeitsministerium hat — im Einvernehmen mit der gesamten Reichsregierung — wiederholt öffentlich bekundet, daß es auf dem Standpunkt steht, Lohnsenkungen seien volkswirtschaftlich erforderlich. Daran wird es die Schließungspolitik, namentlich die Anwendung der Verbindlichkeitserklärung sowohl im Prinzip als auch im einzelnen Falle, einrichten.

Andererseits fehlt, wie gesagt, fest, daß eine gewisse Verminderung des Lohnniveaus durch die Einschränkung der Übernerdienste bereits stattgefunden hat. Daher haben auch die Gewerkschaften ein Interesse am Abbau der Preise, damit ein Ausgleich für die Verminderung des Arbeitseinkommens hergestellt werde. Aber die Gewerkschaften haben nicht nur ein Interesse an dem Erfolg des Preisabbaues, sondern auch an seiner schnellen Durchführung und

Beendigung. Währt die Aktion zum Abbau der Preise zu lange, so lähmt sie die Kaufkraft und droht die Auftragserteilung. Eine solche Entwicklung steht einer Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Wege.

Die Gewerkschaften haben die Verkürzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Entlastung des Arbeitsmarktes gefordert. Vereinarbeitungen mit den Unternehmern über die Streckung der Arbeit begünstigen bisher, wie sich in vielen Fällen zeigte, großen Schwierigkeiten. Die Arbeitgeber erklärten jede Verkürzung der Arbeitszeit für nachteilig für die Belebung der Wirtschaft. Sogar die Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit wurde in ihrem Lager laut. Das Ziel der Arbeitsstreckung muß aber trotzdem mit größerem Nachdruck weiter verfolgt werden, und zwar auch als eine Vorarbeit für die unbedingt notwendige durchgehende Verkürzung der Arbeitszeit, zu der es auf jeden Fall und unter allen Umständen in absehbarer Zeit kommen müsse. Es gilt, den Widerstand der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit schon jetzt zurückzudrängen durch eine möglichst weitgehende Einführung kürzerer Arbeitszeiten zum Zwecke der Einstellung von Arbeitskräften.

Sowohl in der Frage der Arbeitszeit als auch der Löhne werden die Gewerkschaften auch weiterhin mit einem starken Widerstand der Unternehmer gegen ihre Forderungen zu rechnen haben. Selbstverständlich ist es wünschenswert für die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Tätigkeit, die sozialen Auseinandersetzungen in ruhigere Bahnen zu lenken und die Formen der Arbeitskämpfe zu mildern. Die praktische Erfahrung in den letzten Monaten scheint aber zu zeigen, daß einer Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte enge Grenzen gezogen sind. Immerhin ist eine gewisse Bereitschaft zu grundsätzlichen Zugeständnissen in führenden Kreisen des Unternehmertums nicht zu verkennen und verdient sorgfältige Prüfung.

In der Diskussion wurde die gegenwärtige faktische Situation der Gewerkschaften eindringend erörtert. Allgemein war die Überzeugung, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht mehr vertretbar sei, wenn eine Senkung der Tariflöhne eintrete. Denn dann würde die Verkürzung der Arbeitszeit eine weitere Lohnsenkung bedeuten. Wegen dieser durch den Preisabbau nicht gerechtfertigte Herabdrückung des Lebensstandards der Arbeiterkraft mühten sich die Organisationen mit äußerster Entschlossenheit zur Wehr setzen. Grundsätzliche Zugeständnisse der Unternehmer hätten nur dann Bedeutung, wenn ihre Beachtung im Einzelfall gewährleistet ist. Jede Zweideutigkeit muß gerade jetzt vermieden werden.

### Die Klappe ohne Geist.

Wem des Geschickes milde Hand  
Besondere Gaben gönnte,  
Dem schenkt sie Geist, Gemüt, Verstand  
Und mancherlei Talente;  
Auch wenn die gütige Natur  
Auswemend ist gewogen,  
Dem gibt ein großes Maul sie nur,  
Und damit wird mächtig gelogen.

Die einzelnen Redner schilderten die zur Zeit in den verschiedenen Industriezweigen bestehende Lage, namentlich hinsichtlich der Tarifverträge und ihrer Kündigungszeiten. Aus den Berichten ergab sich, daß zahlreiche große Tarifbewegungen bevorstehen. Wenn die Regierung und die Unternehmer den ersten Willen hätten, den Auszug der sozialen Gegensätze in friedlichere Bahnen zu lenken, so müßten sie sich eindeutig zur Tarifidee und zur Erhaltung des Tarifsystems bekennen. Tatsächlich zeigt sich aber, daß die Unternehmer z. B. in der Metallindustrie weder in der Frage der Entlassungen noch in der Frage der Mehrarbeit das geringste Entgegenkommen beweisen. Auch an dem Willen der Regierung, in diesen Fragen eine ausgleichende Haltung einzunehmen, sind starke Zweifel berechtigt. Bei manchen Auseinandersetzungen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es den Unternehmern nicht nur auf den Lohnabbau ankommt, sondern auf einen Generalangriff gegen die tarifliche Regelung überhaupt, auf die Beseitigung der Bestimmungen über den Urlaub, den Entlassungsschutz usw. Das normative Recht der Tarifverträge darf aber nicht verschlechtert werden.

Die Verbandsvorsände waren sich darin einig, daß die Gewerkschaften die Entwicklung der Lage dauernd scharf im Auge behalten müssen, um zu gegebener Zeit abermals zu gemeinsamer Beratung der notwendigen faktischen Schritte zusammenzutreten.

### Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Die verschlechteste Notverordnung.

Von Jos. Milewzsek (Hannover).

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 (2. RW.) ist den Paragraphen 63 Abs. 1 HGB, 133c Abs. 2 GG und 616 BGB folgende Vorschrift angefügt worden: Der Anspruch kann nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden.

Die Notwendigkeit der Ergänzung dieser Paragraphen ergab sich aus der Änderung des § 189 Abs. 1 RW. in Verbindung mit der Tatsache, daß diese Bestimmungen nach der bisherigen herrschenden Rechtsprechung und Ansicht der Rechtswissenschaft durch Tarifvertrag, Arbeitsordnung oder Einzelvertrag beschränkt oder auch völlig ausgeschlossen werden konnten.

Die Änderung des § 189 Abs. 1 RW. bestimmt u. a., daß der Anspruch auf Krankengeld so lange ruht, als der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Wäre nun die Ergänzung der drei Paragraphen nicht erfolgt, dann wäre es ohne weiteres möglich, die Erleichterungen, die diese Änderung des § 189 Abs. 1 RW. den Krankenkassen bringen soll, illusorisch zu machen. Daher machte die zweite Notverordnung der Paragraphen 63 Abs. 1 HGB, 133c Abs. 2 GG und 616 BGB zu zwingendem Recht.

Diese Tatsachen stellten wir gleich nach Veröffentlichung der zweiten Notverordnung im „Proletarier“ und „Keramischen Bund“ Nr. 51 Seite 427 bzw. 421 fest und schlußfolgernd dann weiter, daß nunmehr alle tariflichen und sonstigen Bestimmungen, die den Gehalts- und Lohnanspruch in den Fällen, die die oben genannten Paragraphen vorsehen, beschränken oder gar völlig beseitigen, gegen ein gesetzliches Verbot verstößen (§ 134 BGB.) und daher rechtswidrig sind.

Da diese Änderungen der reichsgesetzlichen Vorschriften über Krankenfürsorge neben der Erleichterung für die Krankenkassen zweifellos auch eine Verbesserung für die Arbeitnehmerschaft bedeuten, hat letztere alle Ursache, genau darauf zu achten, daß ihr diese nicht etwa durch spitzfindige Auslegungskünste streift gemacht werden.

Den ersten Versuch hierzu unternimmt der Reichsarbeitsminister Stegerwald in seinem Rundschreiben vom 9. Dezember 1930, Nr. 12 000/30. Hier bestimmt der Reichsarbeitsminister, daß die neue Vorschrift der zweiten Not-

Arbeitsordnungen nicht berührt, die vor dem 3. Dezember 1930 entstanden sind.

Wollte man dem Reichsarbeitsminister das Recht zustehen, gesetzliche Bestimmungen durch Anordnungen usw. beseitigen zu können, dann würde das Rundschreiben nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als die teilweise Beseitigung des Kap. II Art. 3 der zweiten Notverordnung. Bekanntlich werden die erwähnten Paragraphen in der Regel durch Mantelverträge bzw. Arbeitsordnungen beschränkt oder ausgeschlossen.

Da die meisten Mantelverträge in absehbarer Zeit aber noch nicht ablaufen bzw. die Parteien die Möglichkeit haben, diese vor dem 3. Dezember 1930 zustande gekommenen Verträge bis ultimo zu verlängern, könnte nach dem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers die Verbesserung, die der Artikel 3 der zweiten Notverordnung bringt, überhaupt nicht oder nur ganz selten wirksam werden.

Das bedeutet aber auch weiter eine Schädigung aller Arbeitnehmer, die einem solchen Tarifvertrag unterliegen.

Ein noch stärkeres Stück hat sich der Reichsminister des Innern, Dr. Wirth, geleistet. Durch eine im Reichsgesetzblatt 1930 Seite 1608 veröffentlichte Berichtigung zur Notverordnung hat der Reichsinnenminister neben verschiedenen Druckfehlerkorrekturen auch die Änderung des § 616 BGB neu formuliert, und zwar dahingehend, daß sich die Unabhängigkeit des Entgeltanspruchs nur auf die dem BGB unterstehenden Angestellten, also nicht auf Arbeiter, bezieht.

Auch hier handelt es sich geradezu um eine Entrechtung der Handarbeiter.

Wir wissen nicht, ob und inwieweit die Arbeitgeber, für die das Rundschreiben des Reichsarbeitsministers und die Berichtigung des Reichsministers des Innern zweifellos einen finanziellen Vorteil bringen, als Triebfeder in Betracht kommen. Auf alle Fälle sind wir aber der Meinung, daß beide Reichsminister nicht das Recht haben, diesen Teil der zweiten Notverordnung durch Rundschreiben oder Berichtigungen außer Kraft zu setzen oder ihm eine solche für die Arbeiter ungünstige Auslegung zu geben.

Von dieser Rechtsauffassung kann uns auch die Begründung, die der Reichsarbeitsminister seinem Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmerschaft gibt, nicht abbringen. Der zwingende Charakter, den die Notverordnung dem § 616 BGB, gibt, ist so klar zum Ausdruck gebracht, daß es nicht möglich ist, ihm zu entnehmen, daß er sich nur auf Krankheitsfälle bezieht, und nur für die Angestellten Anwendung findet. In der Notverordnung wird aber auch mit keinem Wort gesagt, daß die Änderungen für einen Teil der Reichsangehörigen erst von einem späteren Tage an in Kraft treten.

Auf Grund dieser Feststellung sind alle Bestimmungen der Tarifverträge, Arbeitsordnungen und Einzelarbeitsverträge, soweit sie die genannten Paragraphen beschränken oder ausschließen oder sie sogar für einen Teil der Arbeitnehmer nicht gelten lassen wollen, rechtswidrig, ganz gleich, wann sie entstanden sind. Dasselbe ist auch der Berichtigung des Reichsministers des Innern entgegenzubalten.

Unsere Kollegenschaft ersuchen wir daher, sofort Klage anzustrengen, wenn ihr im Falle des § 616 BGB vom Arbeitgeber unter Bezugnahme auf das Rundschreiben bzw. die Druckfehlerberichtigung der Lohn nicht gezahlt wird.

Nach § 616 BGB ist den Arbeitnehmern der Lohn weiter zu zahlen, wenn sie durch einen in ihrer Person liegenden Grund für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit an der Dienstleistung verhindert sind.

Das gilt für alle Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) vom Inkrafttreten der zweiten Notverordnung an.

### Frauenfragen.

Aus den Anfängen der proletarischen Frauenbewegung.

Noch nie haben es die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen leicht gehabt im Daseinskampf. Einen schweren und mühsamen Kampf mußten gerade die proletarischen Frauen um ihr Recht im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben führen. Es gibt darüber manche interessante Veröffentlichung. Die Probleme wurden auch interessant genug aufgezeigt, besonders durch August Bebel's Buch: „Die Frau und der Sozialismus“. Kürzlich brachte Anna Bloß ein wertvolles Buch über „Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus“ heraus, unter Mitwirkung von Adele Schreiber, Luise Schröder und Anna Seyer. Adele Schreiber, unsere verdiente Wiener Vorkämpferin für Frauenrechte, hat jetzt ein Buch erscheinen lassen unter dem Titel: „Der Weg zur Höhe“. Sie schildert darin die Kämpfe und Leiden der Frauen in Österreich zu Beginn der Frauenbewegung. Ganz richtig sagt die Verfasserin an der Spitze ihrer Betrachtungen, daß die Frauen Leidtragende und Unterdrückte zu fast allen Zeiten der Menschheitsgeschichte waren. Ausgehend von den Kämpfen der Frauen zur Zeit der französischen Revolution schildert sie, wie tapfer und mutig die Kämpfe geführt wurden. Trotz Verfolgung, Mißachtung, Knechtung und anderer Schikanen ließen viele tapferere Frauen sich nicht von ihrem Kampfe um Gleichberechtigung und Anerkennung, nicht zum großen Heer der Indifferenten abdrängen. Und besonders die organisierten Arbeiterinnen im alten Österreich ließen sich nicht niederzwingen. Dort wurde 1890 der erste „Arbeiterinnen-Bildungsverein“ gegründet zum Zwecke der Verbreitung von Bildung und Wissen unter den Frauen. In Versammlungen und Zeitungsartikeln wurde auf die Lage der Arbeiterinnen aufmerksam gemacht und zum Zusammenschluß aufgefordert.

1892 wurde auch eine besondere „Arbeiterinnen-Zeitung“ geschaffen, während bis dahin die seit 1890 in Deutschland erscheinende „Gleichheit“ auch von den österreichischen Klassen-genossinnen bezogen wurde. Manche junge Arbeiterin und manche ältere oder sogar kränkelnde Arbeiterin trafen sich an der Spitze der Bewegung gegen das veraltete System, das zwar die Frauen als Arbeiterinnen und Gebärerinnen für gerade gut genug hielt, sie im übrigen aber von allen Rechten im öffentlichen und politischen Leben ausschloß. Die Forderungen der Frauen gingen vornehmlich dahin: Gleiches Wahlrecht und bessere Lohn- und Arbeits-

\* Siehe auch die Teilberichte in der Nr. 52 — 1930 und Nr. 1 1931.

Arbeiterinnen für ihre Forderungen um bessere Löhne und gerechte Behandlung. Fast immer hatten die Streiks ein gerichtliches Nachspiel wegen irgendwelcher Verstöße gegen die bestehende Ordnung. Oft wurden die Führerinnen zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt.

Das war in anderen Ländern natürlich meist ebenso. Viele solcher Fälle sind bekannt. Überall zeigte der profitierliche Kapitalismus das Bestreben, durch die Frauenerwerbsarbeit sich besondere Ausbeutungsquellen zu eröffnen und zu erhalten. Ein Auflehnen dagegen seitens der Arbeiterinnen suchte man aber mit allen Mitteln zu unterdrücken. Dabei finden wir dann auch in Deutschland mutige und klassenbewusste Arbeiterinnen, fähig und jederzeit bereit, für Frauenrechte zu kämpfen. Nachdem ein von bürgerlichen Frauen gegründeter Verein zur „Fortbildung und geistigen Anregung der Arbeiterinnen“ nach zirka zweijährigem Bestehen im Jahre 1871 wieder einging, wurde 1872 in Berlin der „Arbeiter-Frauen- und Mädchenverein“ gegründet. Energievolle und zielbewusste Arbeiterinnen trafen in den Vordergrund und übernahmen die Leitung. Die Tätigkeit des Vereins war auf Belehrung und Aufklärung unter den Arbeiterinnen gerichtet. Nach Abhaltung von Versammlungen auch in anderen Orten des Reiches breitete sich der Verein bald weiter aus. Aber diese Erfolge waren nicht von allzulanger Dauer, denn das Auge des Gesetzes wachte. Auf Grund des famosen Paragraphen 8 des Vereinsgesetzes, der die Teilnahme der Frauen an politischen Versammlungen untersagte, wurden die Leiterinnen strafrechtlich verfolgt, zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt, der Verein durch Gerichtsbescheid aufgelöst, schließlich den Frauen das Koalitionsrecht verweigert. Einige Frauen wurden zu Gefängnis verurteilt, weil sie in den Versammlungen bzw. mit ihren Reden „Beleidigungen“ ausgesprochen hatten. Eine Führerin wurde mit ihrem Manne bei Inkrafttreten des Sozialistengesetzes aus Deutschland ausgewiesen.

Man glaubte schon die Arbeiterinnenbewegung beseitigt. Doch wiederum und nicht ohne Erfolg wurde im Jahre 1881 der Versuch unternommen, Arbeiterinnenvereine zu gründen. Immer wieder fanden sich mutige Frauen bereit, erneut Arbeiterinnenversammlungen zu arrangieren, um gegen die Verbote und Argumente des Obrigkeitstaates bezüglich seines Kampfes gegen die Frauenrechte anzukämpfen. Emma Ihrer stellte sich an die Spitze. In den Versammlungen wurden die erbärmlichen Löhne, die lange Arbeitszeit und die oft brutale Behandlung der Arbeiterinnen Gegenstand lebhafter Diskussionen. Eine große Aktion wurde z. B. schon eingeleitet, als unter Bismarck in der Zollgesetzgebung auch das von England eingeführte Nähgarn verpöht werden sollte. Die weiblichen Beschäftigten, insbesondere die Hausarbeiterinnen der Konfektions- und Wäschebranche, die das Nähgarn selbst kaufen mußten, wehrten sich mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Verschlechterung. Oft haben die Arbeiterinnen gestreikt, um bessere Entlohnung zu erreichen und um gegen Unternehmerwillkür zu kämpfen. Aber den Frauen wurde fast immer und bezeichnenderweise dabei bedeutend mehr Widerstand entgegengesetzt als den streikenden Männern, zudem waren die Frauen im Kampf weniger widerstandsfähig, weil ihre Organisationen immer schwach waren. Es war deshalb auch nur verständlich, daß die Gewerkschaften die Kämpfe der Frauen zu den ihrigen machten und später — auf Beschluß des ersten Gewerkschaftskongresses 1890 — die Arbeiterinnen in ihre Reihen aufnahmen. Seitdem sind die Frauen gleichwertige Mitglieder; sie haben nur hin und wieder gesonderte Veranstaltungen, die der Eigenart der Frauen entsprechend getroffen werden müssen, um speziell Schulung und Aufklärung zu fördern.

Wir haben nun die Aufgabe, aus den Anfängen der Arbeiterinnenbewegung und aus dem jahrzehntelangen Kampf um die Frauenrechte zu lernen, aber auch die Aufgabe, unsere Forderung auf Gleichberechtigung der Frauen überall da zu betonen, wo es angebracht und wichtig ist. Zu diesem Zweck müssen wir uns auch mit den Problemen beschäftigen, um Ursachen und Zunahme der Frauenerwerbsarbeit richtig zu begreifen und die sich daraus ergebenden Kampfmaßnahmen treffen zu können. Letztere werden in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr verschieden und wiederum auch verschieden schwierig sein. Aber um den Preis der besseren Lebensgestaltung der Massen der Arbeiterinnen muß auch der weibliche Wille wie bei unseren Vorkämpferinnen, muß Mut und Kampfesentschlossenheit, besonders aber auch die Kraft zur Agitation für unsere Bewegung vorhanden sein.

Anna Jammert

**Sowjetland für die Nacharbeit der Frauen und Jugendlichen!**

(M.D.) In den leitenden Kreisen des Sowjetstaates zeigte sich im letzten Jahre ein lebhaftes Interesse für die weitgehende Einführung der Nacharbeit. Das Arbeitsgesetzbuch legt dem zwar gewisse Hindernisse in den Weg. Man kümmert sich aber in der Praxis des öfteren herzlich wenig darum und legt sich über die gesetzlichen Bestimmungen hinweg. Nöckerdings soll aber selbst dies nicht genügen. Man will auch die gesetzlichen Bestimmungen abändern, um der Nacharbeit die weitestgehenden Ausbreitungsmöglichkeiten zu sichern. So brachte der gewerkschaftsmäßige „Trud“ am 16. Dezember 30 einen Artikel „Zur Revision des Arbeitsgesetzbuches“, in dem die glatte Aufhebung des Art. 150 des Gesetzes besprochen wird, der die Nacharbeit der Frauen und Jugendlichen unter 18 Jahren verbietet. Auch die sonstigen Beschränkungen der Nacharbeit, die Verkürzung der Arbeitszeit in der Nacharbeit gegenüber der Arbeitszeit in der Tagesarbeit um eine Stunde bzw. die unter Umständen höhere Entlohnung der Nacharbeit, sollen befristet werden. Nacharbeit ist Krampf. Die russische Arbeiterklasse wird herrlichen Zeiten entgegenzusehen.

**Gewerkschaftliche Nachrichten.**

**Widerstand gegen das Proletariat.**  
Eine Angestellte der kommunistischen „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Leipzig, die jahrelang Mitglied des Betriebsrats, aber nicht Parteimitglied war, wurde von der Geschäftsleitung ge-

maßregelt. Als die Betriebsvertretung die Entlassung rückgängig machte, wurde der Angestellten das Gehalt gekürzt. Die Angestellte klagte mit Hilfe des Zentralverbandes der Angestellten gegen den kommunistischen Verlag auf ungekürzte Weiterzahlung des bisherigen Gehalts. Vor dem Arbeitsgericht erklärte der Geschäftsführer des kommunistischen Geschäfts, die Klägerin müsse mit ihrer Klage abgewiesen werden, weil sie auf ihre Ansprüche freiwillig verzichtet habe.

Die Klägerin wies jedoch nach, daß sie bei diesem „freiwilligen Verzicht“ unter wirtschaftlichem und politischem Druck stand. Als Mitglied des Betriebsrats habe sie verlangt, daß das Betriebsratsgesetz eingehalten wird. Deshalb wurde sie gemäßregelt und aus der KPD ausgeschlossen.

Der kommunistische Unternehmervertreter kam mit der Ausrede: „Wenn die Reichsregierung die Kürzung der Gehälter anordnet, dann können wir das in den kommunistischen Betrieben auch tun.“

Der kommunistische Geschäftsführer erlitt beim Arbeitsgericht eine gründliche Abfuhr. Das kommunistische Unternehmen wurde verurteilt, der Klägerin vorläufig 195 Mark zu zahlen. Ein stillschweigender Verzicht widerstrebe der allgemeinen Rechtspflege.

**Die KPD kann nur Spalter brauchen.**

Es ist bekannt, daß die KPD jeden vernünftigen Menschen aus ihren Reihen ausschließt. Deshalb wurden auch die drei kommunistischen Gewerkschaftsangehörigen des Schuhmacherverbandes, Ortsgruppe Erfurt, Möckel, Ulrich und Meßner, aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Sie hatten sich geweigert, die Politik der KPD, der Gewerkschaftsspaltung, zum Leitstern ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit zu machen.

**Solidarität.**

Groß ist die Not, gewaltig das Elend, das heute auf allen Volksschichten lastet. In dieser außerordentlich schweren Zeit wird wieder einmal bewiesen, wie groß und stark trotz aller Zweifler und Feinde die Verbundenheit und der Gedanke der Solidarität innerhalb der organisierten Arbeiterschaft verankert ist. Die Zahlstelle Merseburg des Verbandes der Fabrikarbeiter hatte angesichts der großen Not, von der ein Teil der Kollegen betroffen ist, zu einer Hilfsaktion aufgerufen. Der Aufruf führte zu einem prächtigen Erfolg, so daß es der Zahlstellenverwaltung möglich war, neben der Sonderunterstützung an alle angesteuerten Kollegen noch eine lokale Unterstützung zu gewähren. Infolge der großen Solidarität der gesamten Mitgliedschaft war es möglich, an die angesteuerten Kollegen, je nach der Dauer ihrer Verbandszugehörigkeit, Beträge von 6 bis 15 Mk. zur Auszahlung zu bringen. Die Verwaltung sagt hiermit namens der angesteuerten Kollegen den Funktionären und all den Gebern herzlichen Dank. Solidarität ist der Grundpfeiler, auf dem wir stehen, und Solidarität ist das Lösungswort, mit dem die Arbeiterklasse all ihre Feinde niederringen wird.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Braunschweig.** Am 30. Dezember 1930 starb der Mitgründer unserer Zahlstelle, der Kollege Johann Balkemeier, im Alter von 77 Jahren. Während vierzig Jahren war er ununterbrochen Mitglied unserer Organisation, bis ihn der Tod von seinem Proletarierleben erlöste. Er war ein ausgeprägter Typ eines aufrichtigen Arbeiters. In den verschiedensten Betrieben hat er gearbeitet, um für sich und seine Familie den Lebensunterhalt zu verdienen. Überall, wo er Arbeit angenommen hatte, wirkte er für die Ausbreitung der Organisation. Seit ungefähr acht Jahren war er Invalide. Seit dieser Zeit hat sich sein Proletarierleben noch verschlimmert. Kranklich und abgearbeitet, mußte er sein Leben mit einer unzulänglichen Invalidenrente fristen. Er begrüßte es mit Freuden, als in diesem Jahre auch der Verband eine Invalidenrente einführt und er sowie seine Frau, die ebenfalls seit Jahren Mitglied des Verbandes ist, einen Zuschuß zu ihrem kargen Einkommen erhalten konnten. Kollege Balkemeier war ein freier Gewerkschafter. Der Verband war für ihn alles. Wir danken für diese Treue dem Mitgründer unserer Zahlstelle, der ein leuchtendes Beispiel für unsere jüngeren Mitglieder ist. Wir werden sein Andenken in Ehren behalten.

**Rundschau.**

**Nationalsozialistische „Arbeiter“ und „Arbeiterinnen“???**  
Die Nationalsozialisten haben in Lippe einen Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens mit dem Ziel der Landtagsauflösung eingereicht. Da dieser Antrag mit den vorgeschriebenen 100 Unterschriften versehen ist, wird das Volksverlangen eingeleitet, von dessen Ausgang die Zulassung des Volksentscheids abhängt. Eine Durchsicht der Unterschriften unter dem Antrag führte zu der Feststellung, daß eine große Anzahl der Unterzeichner höhere Offiziere, Fabrikanten und sonstige Mitglieder der „erakuliven“ Gesellschaft von Weimold sind. Da die Nazis besonderen Wert darauf legen, als „Arbeiter“-Partei zu gelten, sei hier eine kleine Ansleise ihrer „Arbeiter“ angeführt, die den Volksverlangens-Antrag unterzeichnet haben:  
Prinzessin Dr. v. L. Meiningen, Prinzessin zur Lippe, Frieda von Tenghem, Hofdame, Frau von Tenghem, Majorstüme, Hans von Donop, Major a. D., Julius Schömann, Oberst a. D., Heinrich Berner, Generalmajor a. D., Otto Dieckhoff, Fabrikant, Cornelius Wittenstein, Oberleutnant a. D., Otto Velhagen, Oberleutnant a. D., Dr. Manfred Fuhrmann, Sanatoriumsbesitzer, Karl Strobel, Major und Fabrikbesitzer, Arwed von Bescherer, Oberst a. D., Ferdinand von Oberg, Major a. D. (gehört noch zum Hofstaat des lippschen Fürsten), Gustav Schmidtman, Oberleutnant a. D., Hans Meurer, Major a. D., Hans Thümmel, Oberst a. D., Paul Dinger, Hofopernregisseur.

**KPD. und Nazis lügen und betrügen.**

Die Funktionärzeitung der KPD-Zentrale „Kommunistischer Parteiarbeiter“ gibt in ihrer Septemberrummer eine einleuchtende Erklärung für das Hinüberwecheln kommunistischer Aktivisten ins Hitler-Lager. Dem kommunistischen Organ entschlüpfte bei der Besprechung einer nationalsozialistischen Werbeschrift folgendes überzeugendes Geständnis:  
„Diese Wurschen haben unsere Methoden gründlich studiert. Das ganze Heft ist eine einzige Anweisung, wie der Nazi unter Benutzung unserer Methoden und Parolen die Massen am besten belügen und betrügen kann.“  
Das genannte Organ der KPD-Zentrale stellt also selbst fest, daß die Methode der KPD ist, die Massen zu belügen und zu betrügen.

**Friede auf Erden!**

Unter dieser Überschrift erschien im „Proletarier“ Nr. 1 vom 3. Januar 1931 eine „Einlage“ auf der ersten Seite des Hauptblattes, leider mit einem entstellenden Schreibfehler. Es heißt in der Quellenangabe „Volksgemeinschaft“ statt „Werksgemeinschaft“. Wir bringen deshalb den ganzen Wortlaut noch einmal:  
Diese Weihnacht werden wir nicht begehen im Gebot der Bibel, die da sagt: „Liebet eure Feinde!“, sondern für Weihnacht 1930 und für das kommende Jahr 1931 gilt für uns das Gebot der Bibel: „Auge um Auge, Zahn um Zahn!“  
Aus: „Arbeit und Recht“, Deutsche Werksgemeinschaft Nr. 51/52 vom 20. Dezember 1930.

**Friede auf Erden!**

Diese Weihnacht werden wir nicht begehen im Gebot der Bibel, die da sagt: „Liebet eure Feinde!“, sondern für Weihnacht 1930 und für das kommende Jahr 1931 gilt für uns das Gebot der Bibel: „Auge um Auge, Zahn um Zahn!“  
Aus: „Arbeit und Recht“, Deutsche Werksgemeinschaft Nr. 51/52 vom 20. Dezember 1930.

**Alkohol, Wasser und Dividenden.**

Die Dortmunder Sanft-Bräuerei hat die Mehrheit des Aktienkapitals der bekannten Sinalco-Gesellschaft in Weimold erworben. Die Verwaltung will sich hierdurch einen Abgangsschein sichern für den Fall, daß der Bierkonsum in Zukunft noch weiter abnimmt (wie es erst neulich, im Halbjahr April-September, nach jahrelangem starkem Anstieg begonnen hat). Nebenbei verzeichnete die Sinalco-Gesellschaft in dem zum 30. November v. J. abgelaufenen Geschäftsjahr 14 v. H. Dividende. (Nach „Berliner Lokalanzeiger“ vom 29. Oktober.)

**Verbandsnachrichten.**

**Verbandschule.**

Die Ausschreibung für die Schulungskurse in Wennigsen im ersten Halbjahr 1931 ergab, daß 443 Kolleginnen und Kollegen ein Gesuch um Zulassung einreichten. Da nur 216 Plätze zu vergeben sind, mußten mehr als die Hälfte der Bewerber zurückgewiesen werden. Diejenigen Bewerber, welche bisher noch keine Mitteilung über die Zulassung zum Besuch der Verbandschule erhalten haben, konnten nicht berücksichtigt werden. Ihnen bleibt der Trost, sich bei der nächsten Ausschreibung wieder zu bewerben.  
Der Vorstand.

**Ein neues Flugblatt.**

das sich gegen die Spaltungsversuche der Nationalsozialisten, Stahlhelmer und Selben richtet, ist fertiggestellt und kann vom Hauptvorstand bezogen werden. Um die notwendige Auflage übersehen zu können, müssen die Bestellungen unverzüglich erfolgen.  
Der Hauptvorstand.

**Ausgeschlossen**

wurden gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Arzberg (Oberst): Eward Schärer, Buch-Nr. P 55 837; Elbingen (Hartz): Fritz Klapproth, Buch-Nr. 1 017 523; Bielefeld: Karl Hiller, Buch-Nr. 889 081; Brunsbüttelkoog: Oskar Koberstein, Buch-Nr. 960 294; Paul Rabisch, Buch-Nr. 542 313.

**Literarisches.**

Änderungen in der Krankenkassenversicherung. 3. geänderte Auflage mit Durchführungsvorschriften. Erläutert von Helmut Lehmann. Broschüriert. Organisationspreis 1,50 Mk., Ladenpreis 2,50 Mk. Verlagsgesellschaft Deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 137. Die Vaterordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 hat neue wesentliche Änderungen in der Krankenkassenversicherung gebracht, u. a. die teilweise Aufhebung der Krankengeldbegrenzung und des Arzneikostenanteils. Sämtliche Änderungen sind in der 3. Auflage dieser Schrift von Helmut Lehmann, dem geschäftsführenden Vorsitzenden des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, e. V., berücksichtigt worden. Auch die inzwischen ergangenen Ausführungsbestimmungen, die manche Zweifelsfragen geklärt haben, wurden aufgenommen. Die bisherige Rechtsprechung ist weitestgehend in die Änderungen von Bedeutung ist, ist gleichfalls berücksichtigt. Der Umfang enthält die wichtigsten Bestimmungen über die Einteilung des Haushalts, über die Beitragszahlung und über die Änderung der Unfallleistungsmöglichkeit (Verwendung von Versorgungsanwärtern). Die Vorschriften sind, wie bisher, knapp erläutert worden, um die Übersichtlichkeit nicht zu beeinträchtigen. Das Eingehen auf theoretische Streitfragen wurde vermieden, da die Schrift lediglich die praktische Durchführung des Gesetzes erleichtern will. Dieser Zweck wird vollauf erreicht. Die neue Auflage wird deshalb, ebenso wie ihre Vorgängerin, in unserem Leserkreise allgemeine Verbreitung finden.

Das Holz und seine Verwertung von William Herz. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Mit 15 Abbildungen. Broschüriert 1,50 Mk., in Ganzleinen 2 Mk., Vorzugsausgabe 2,75 Mk. Hier wird die geschichtliche Entwicklung für den Leser zu dem vollen Faden, der ihm den Eintritt in das scheinbare Labyrinth der modernen Wissenschaft und Technik gestattet. Holzbau, Holz als Werkstoff, die Entstehung des Papiers, die Herstellung der Kunststoffe, was ist „genießbares“ Holz, was wird aus Holzabfällen angefertigt — diese und viele andere Fragen werden knapp und verständlich beantwortet. In dem Kapitel über Nationalökonomie in der Holzindustrie wird der Gegensatz zwischen Entwicklungshöhe der Technik und Lebenslage der Arbeiterklasse beachtet. Das Buch verdient infolge interessanter und leichtverständlicher Schilderung des Verfassers weiteste Verbreitung. Wir können die Anschaffung nur bestens empfehlen.

Die Monatszeitschrift der Büchergilde Gustav Berg erscheint von Januar 1931 an 32 Seiten stark und in Monatsform. Jeden Heft enthält die Mitglieder der Büchergilde kostenlos. Neben interessanten literarischen Aufsätzen bringt die Zeitschrift „Die Büchergilde“, die stets reich illustriert ist, vornehmlich kritische Beiträge, moderne Kritik und feinsinnige Erzählungen. Das erste Heft 1931 enthält u. a. einen größeren Aufsatz über Volkswirtschaft (ausgeführt von Dr. Weidner), einen Lobesgedicht und einen Artikel über Sinclair Lewis, dessen bester Roman, „Babbalanza“, im ersten Quartal 1931 von der Büchergilde zum Mitgliederpreis von 3 Mark herausgebracht wird.

Gegen politische Falschmünzerei. Der unheimliche Anflug, der namentlich von nationalsozialistischer Seite mit politischer Begründung, wissenschaftlicher Theorien und geschichtlichen Tatsachen bedient wird, macht es zur gebieterischen Pflicht, mit besonderer Energie allen Einstellungen, Veröffentlichungen und Verordnungen entgegenzutreten, die unter ideologischen Vorwänden von den Hitlerjüngern vorgenommen werden. Im Dezemberheft unserer zentralen Bildungszeitschrift „Sozialistische Bildung“ wird ein Teil dieser Aufgabe besorgt.

Die internationale Regelung der Sozialversicherung von Gustav Höpfer. 32 Seiten, Ladenpreis 75 Pf., Organisationspreis 50 Pf. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S. 14, Inselstr. 6a. Erhebt sich das Heft 2 der neuen Schriftenreihe der Verlagsgesellschaft des ADGB über „Internationale Sozialpolitik“ erschienen. Es behandelt die internationale Regelung der Sozialversicherung. Der Verfasser Gustav Höpfer gibt in dieser Schrift eine gute Darstellung der bisherigen internationalen Regelungen.

„Die Arbeit“. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Eppart. 1930, Heft 12. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S. 14, Inselstr. 6a. Vierteljährlich 3,00 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,25 Mk.

„Kranzia“. Das Dezemberheft dieser Zeitschrift liegt nun und bringt wieder notwendiges Material über die verschiedensten Gebiete. Der Urania-Verlag in Jena ist bereit, neuen Abonnenten Probennummern kostenlos zuzustellen.

## Chemische Industrie

### Schiedspruch in der Braunkohlenindustrie.

Am 22. Dezember 1928 wurde den Braunkohlenarbeitern durch einen verbindlich erklärten Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums die zehnstündige Arbeits- und zwölfstündige Schichtzeit aufgezogen. Einleitend wurde in diesem Schiedspruch gesagt:

„Nachdem in allen Steinkohlenrevieren die Einführung von Mehrarbeit beschlossen ist, hält der Schlichtungsausschuss, um die deutsche Wirtschaft billiger und reichlicher mit Braunkohlen zu versorgen, um den Braunkohlenbergbau im Rahmen der gesamten Kohlenwirtschaft wettbewerbsfähig zu erhalten und um dadurch den Arbeitern des Braunkohlenbergbaues ihre Arbeitsgelegenheit und einen höheren Verdienst zu sichern, solange die obengenannten volkswirtschaftlichen Bedürfnisse fortauern, folgendes Abkommen zwischen den am Tarifvertrag für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau vom 24. März 1922 beteiligten Verbänden für erforderlich.“

Es folgt dann der Schiedspruch, welcher, wie bereits gesagt, die zehnstündige Arbeits- und zwölfstündige Schichtzeit vorsah. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, daß damals Kohlenmangel vorhanden war. Ob jedoch die Notwendigkeit vorlag, deswegen wieder die Vorkriegsarbeitszeit einzuführen, wird von uns heute noch bestritten, und zwar deshalb, weil die Schichtzeit in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie in den allermeisten Fällen gleichbedeutend mit der Arbeitszeit war. Die Löhne waren damals, gemessen an den Löhnen anderer Industriearbeiter, äußerst niedrig. Durch Gewährung von Prämien wurde den Arbeitern die Mehrarbeit „schmackhaft“ gemacht. Ein erfolgreicher Abwehrkampf war ausichtslos, weil in den Wirren des Jahres 1923 die meisten Arbeiter ihrer Organisation den Rücken gekehrt hatten.

Als im Laufe der Jahre die Organisationen wieder stärkten, konnte in demselben Umfange nicht nur die Arbeitszeit abgebaut, sondern auch die Löhne konnten mehrmals erhöht werden. Auch hierbei ging nicht alles nach unseren Wünschen, weil die Zersplitterung in der Arbeiterchaft zu tief eingegriffen war. Immerhin war es noch möglich, durch Schiedspruch vom 1. Dezember 1929 an eine Lohnerhöhung von 25 Pf. und vom 1. Dezember 1930 an eine solche von 15 Pf. je Schicht zu erreichen. Diese beiden Lohnerhöhungen sind jedoch in freiwilliger Weise durch Kündigung von Prämien durch die Unternehmer illusorisch gemacht. Die amtlichen Durchschnittslöhne der Braunkohlenarbeiter sind heute nicht höher als im Herbst 1928, trotzdem in der Zwischenzeit zwei Lohnerhöhungen von insgesamt 40 Pf. je Schicht zu verzeichnen sind. Bei den Effektivlöhnen haben sich diese „Lohnerhöhungen“ in vielen Fällen als eine Verminderung des Lohnes ausgewirkt.

Sinzu kommt, daß die Arbeiter in den Tagesbetrieben heute noch eine 8 1/2 stündige Arbeits- und eine 9 1/2 stündige Schichtzeit haben. Die Arbeiter in den durchgehenden Betrieben haben neunstündige Arbeits- und 9 1/2 stündige Schichtzeit. Dieses Mehrarbeitsabkommen wurde von den Arbeitnehmern zum 31. Dezember 1930 gekündigt. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Von den Unternehmern wurde deswegen der Schlichter angerufen. Aber auch dieser hat anscheinend für die Not der Zeit kein Verständnis. Es wurde ein Schiedspruch gefällig, welcher das jetzt bestehende Mehrarbeitsabkommen bis zum 31. August 1931 verlängert. Dieser Schiedspruch wurde vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt.

Dieselben Unternehmer, die den staatlichen Schlichtungszwang als eine hypermoderne Einrichtung bezeichnen, nehmen denselben gern für sich in Anspruch, wenn sie dadurch eine Stunde Arbeitszeit retten können.

Im Jahre 1923 begründete man die Notwendigkeit der längeren Arbeitszeit mit dem damals bestehenden Kohlenmangel. Die Wirtschaft sollte billiger und reichlicher mit Braunkohlen versorgt werden. Der Braunkohlenbergbau sollte im Rahmen der gesamten Kohlenwirtschaft wettbewerbsfähig erhalten und den Arbeitern ihre Arbeitsgelegenheit und ein höherer Verdienst gesichert werden. Das waren also die Voraussetzungen bzw. Gründe, welche das Mehrarbeitsabkommen vom 22. Dezember 1928 rechtfertigen sollten.

Inwieweit sind diese Voraussetzungen heute nun erfüllt? Ein Mangel an Kohlen und Brieketten kommt nicht mehr in Betracht. Im Gegenteil, es liegen angeblich 1,7 Millionen Tonnen Briekette auf Stapel. Billiger sind die Briekette auch nicht geworden, sondern es haben mehrmals Preiserhöhungen stattgefunden. Was nun die Wettbewerbsfähigkeit des Braunkohlenbergbaues anbelangt, so ist es doch eine Tatsache, daß man der Entwicklung, selbst in Regierungskreisen, mit einer gewissen Beforgnis entgegensteht. Und wie ist es mit der Arbeitsgelegenheit der Braunkohlenarbeiter, die durch diesen Schiedspruch gesichert werden sollte? Von rund 150 000 Arbeitern, die damals im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beschäftigt wurden, sind heute noch rund 67 000 vorhanden. Das sind alles Tatsachen, die nicht aus der Welt zu schaffen sind. Damals mußten die Unternehmer die längere Arbeitszeit haben infolge der Kohlenknappheit, und heute können sie nicht darauf verzichten, weil ungeheure Mengen Briekette auf Stapel liegen.

Infolge dieser Vorräte wird auf den Werken nur an vier oder fünf Tagen in der Woche gearbeitet. Von den Unternehmern wird selbst zugegeben, daß die Belegschaften bei diesen Feierschichten jetzt an dem Punkt angelangt sind, wo sie nicht mehr verdienen, als wenn sie arbeitslos sind. Unternehmung an der längeren Arbeitszeit fest. Etwas Reaktionsvermögen, etwas Widerständigeres kann es überhaupt nicht geben. So etwas ist nur in einer kapitalistischen Wirtschaftordnung möglich. Mehr als vier Millionen Menschen liegen arbeitslos auf der Straße, von allen Volkswirtschaftlern wird das Problem der sechsstündigen Arbeitszeit erörtert und in einzelnen Industriezweigen versuchsweise mit gutem Erfolge durchgeführt. Die Braunkohlenunternehmer geht das alles

nichts an. Sie müssen die 9 1/2 stündige Schichtzeit haben. Im Gegenteil gaben sie vor dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums an, daß sie über den Schiedspruch enttäuscht sind, weil er ihren Wünschen nicht weiter entgegenkomme. Sie hätten vom Schlichter mindestens erwartet, daß das Mehrarbeitsabkommen so lange verlängert werden würde, als die jetzige Lohnstufe läuft, also bis zum 31. Dezember 1931. (Mit einem parlamentarisch zulässigen Ausdruck läßt sich diese Einstellung der Unternehmer nicht bezeichnen. Die Red.)

Die längere Arbeitszeit allein genügt den Unternehmern aber noch nicht, deswegen haben sie gleichzeitig den Manteltarif gekündigt, um auch auf diesem Gebiet Verschlechterungen durchzubringen. Die von ihnen eingereichten Vorschläge sind jedenfalls so gehalten, daß die Betriebsräte in allen wichtigen Fragen nur noch gebört werden sollen. Gleichzeitig sind Urlaubsverschlechterungen vorgesehen. Auch diese Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt, so daß wahrscheinlich der Schlichter entscheiden muß. Ohne Schlichtungsausschuss geht es jedenfalls nicht in der Braunkohlenindustrie. Wir haben es hier mit einem ganz reaktionären Unternehmertum zu tun. Es bedarf noch intensiver Arbeit der Funktionäre, um auch in dieser Industriezweige zu geordneten Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu kommen. wh.

## KPD.-Unternehmerhilfe.

„Was die Kommunisten selbst betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Frage ist nur, ob diese Grenzen bereits erreicht oder gar überschritten worden sind.“

Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokraten wirken.“

„Deutsche Allgemeine Zeitung“ (Organ der Großunternehmer) Nr. 56 vom 3. Februar 1930.

## Die Wirtschaftslage der deutschen Zündwarenindustrie.

Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ brachte in Nr. 28 (erstes Dezemberheft 1930) interessante statistische Unterlagen über die deutsche Zündwarenindustrie in den Rechnungsjahren 1928/29 und 1929/30.

Dem Bericht entnehmen wir:

Die Zahl der Betriebe, die zur Herstellung und Verpackung von Zündhölzern, -späncchen, -stäbchen und -kerzen angemeldet waren, ist stark zurückgegangen. Sie betrug am 31. 3. 1929 53 und am 31. 3. 1930 44 gegen 68 am Schluß des Rechnungsjahres 1927/28.

Die Zahl der arbeitenden Herstellungsbetriebe verteilte sich folgendermaßen auf die verschiedenen Zweige der Zündwarenfabrikation:

Herstellung von	1927/28	1928/29	1929/30
Zündhölzern	57	49	41
Zündhölzern und -späncchen	1	2	1
Zündstäbchen	—	2	3
Zündkerzen	—	—	—
Zusammen	58	53	45

Der Rückgang in der Zahl der arbeitenden Betriebe erklärt sich dadurch, daß die modernisierten Fabriken des Schwedentruffs eine solche Leistungssteigerung aufwiesen, daß auf den Weiterbetrieb mehrerer älterer Werke verzichtet werden konnte. Außerdem ist von der Deutschen Zündholzwirtschaftsgesellschaft eine Reihe von Außenseiterunternehmungen aufgekauft und stillgelegt worden. Dazu kam die freiwillige oder zwangsweise Einstellung einiger Fabriken, die den Betrieb erst nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Erlaubnispflicht für die Herstellung von Zündhölzern vom 28. Mai 1927 aufgenommen hatten.

Die Erzeugung von Zündhölzern ist 1928/29 um 4,8 v. H. auf 125 515 Millionen Stück zurückgegangen, 1929/30 aber wieder um 6 v. H. auf 133 054 Millionen Stück gestiegen. Im Vergleich zur Zündholzprouktion ist die Herstellung der übrigen steuerpflichtigen Zündwaren nach wie vor von geringer Bedeutung. An Zündspäncchen wurden 1928/29 984 Millionen Stück (plus 82,5 v. H.) und 1929/30 1429 Millionen Stück (plus 45,3 v. H.) hergestellt, an Zündstäbchen aus Strohhalmen, Pappe und dergl. 88 Millionen Stück bzw. 123 Millionen Stück (plus 39,7 v. H.).

Die Herstellung von Zündhölzern verteilte sich auf die einzelnen Landesfinanzamtsbezirke wie folgt:

Landesfinanzamtsbezirk	Arbeitende Zündholzfabriken		Herstellung		
	1927/28	1928/29	1927/28	1928/29	1929/30
Königsberg und Stettin	3	5	2	12 350	10 174
Ober- und Niederschlesien	—	—	—	—	—
Breslau und Brandenburg	6	5	5	8 941	10 715
Schlesw.-Holstein	3	4	2	21 996	17 256
Hannover	6	5	5	9 874	12 973
Münster, Düsseldorf, Köln und Kassel	—	—	—	—	—
Thüringen und Magdeburg	10	4	4	3 734	6 657
Dresden u. Leipzig	6	8	7	17 004	16 691
München	6	5	4	14 607	13 147
Würzburg	3	3	3	7 043	6 306
Karlsruhe	3	3	3	20 343	16 261
Darmstadt	5	3	3	3 483	2 638
Zusammen	58	51	42	131 004	125 515

Rechnet man die Herstellung der Zündholz- und Zündspäncchenfabriken in Normalkisten\* um, so ergibt sich fol-

\* Die Erzeugung der Zündwarenindustrie wird in der Regel in Normalkisten angegeben, die 100 Pakete mit 10 Schachteln zu je 60 Stück Zündhölzern oder insgesamt 600 000 Stück enthalten.

gende Gliederung des Gewerbes nach Produktionsgrößenklassen:

Jahreserzeugung	Arbeitende Fabriken			Herstellung		
	1927/28	1928/29	1929/30	1927/28	1928/29	1929/30
Bis 100 Kisten	10	5	5	280	109	168
100— 500 Kisten	7	6	2	1 878	1 544	956
500— 1000 Kisten	7	3	3	5 641	2 513	2 327
1000— 2500 Kisten	11	11	9	20 237	20 695	14 651
2500— 5000 Kisten	9	12	9	31 824	40 542	32 447
5000— 7500 Kisten	4	5	3	23 686	33 582	19 395
7500—10000 Kisten	4	3	4	36 255	25 620	34 086
über 10 000 Kisten	6	6	7	100 938	86 227	120 109
Zusammen	58	51	42	220 739	210 832	224 139

Auf die Fabriken mit über 10 000 Kisten Jahreserzeugung, die mit einer Ausnahme dem Schwedentruff angehören, entfielen demnach 1929/30 53,6 v. H. der inländischen Produktion an Zündhölzern und -späncchen.

Das deutsche Zündholzhandwerk sah sich durch starke Einfuhr von billiger angebotenen Zündhölzern aus Rußland (UdSSR.) und durch die Mehrerzeugung der Außenseiter zu einer erheblichen Einschränkung der Produktion gezwungen. Die Menge der eingeführten Zündhölzern, die fast ausschließlich russischer Herkunft waren, erreichte 1928/29 11 351 Millionen Stück und 1929/30 49 132 Millionen Stück gegen 144 Millionen Stück 1927/28.

Die russische Konkurrenz übte einen starken Preisdruck auf die inländischen Erzeugnisse aus, namentlich auf die gewöhnlichen Konsumhölzern, deren Herstellerverkaufspreis im Laufe des Rechnungsjahres 1929/30 für eine Normalkiste einschließlich 60 Mark Zündwarensteuer von 187,50 Mark auf 170 Mark zurückging. Die Großhandelspreise für deutsche Zündhölzern bewegten sich je nach der Güte der Ware zwischen 202 und 265 Mark je Normalkiste. Russische Zündhölzern wurden schon zu 185 bis 190 Mark angeboten. Die Kleinverkaufspreise betragen für ein Paket (10 Schachteln zu je 60 Stück) Konsumhölzern 25 Pfennig, für Weltgoldhölzern 30 Pfennig und für Weltgoldhölzern 40 Pfennig.

Die Versteuerung von Zündhölzern und Zündspäncchen stieg 1928/29 um 2 v. H. auf 132 653 Millionen Stück und 1929/30 um 28,4 v. H. auf 170 272 Millionen Stück. Der Anteil der eingeführten Erzeugnisse an dieser Gesamtversteuerung betrug 1928/29 10 188 Millionen Stück gleich 7,7 v. H. und 1929/30 43 962 Millionen Stück gleich 25,8 v. H. Die besonders hohe Versteuerungsziffer des Berichtsjahres 1929/30 erklärt sich durch die Vorverforgung des inländischen Marktes vor dem Inkrafttreten des Zündwarenmonopolgesetzes, mit dem eine Heraushebung des Kleinverkaufspreises für ein Paket Konsumhölzern von 25 Pfennig auf 30 Pfennig verknüpft war. Zur Vorverforgung diente hauptsächlich die russische Ware. An Zündstäbchen wurden in den Rechnungsjahren 1928/29 und 1929/30 54 bzw. 126 Millionen Stück und an Zündkerzen 0,6 bzw. 0,3 Millionen Stück versteuert.

Die Steuerfollennahme stellte sich für die vorgenannten Mengen 1928/29 auf 13,27 und 1929/30 auf 17,13 Millionen Mark. Die Steinnahmen aus der Zündwarensteuer betragen in den beiden Berichtsjahren 13,09 bzw. 15,56 Millionen Mark oder 21 Pfennig bzw. 24 Pfennig je Kopf der Bevölkerung.

Aus dem Geltungsbereich des Gesetzes wurden 1928/29 2344 Millionen Stück und 1929/30 9824 Millionen Stück Zündhölzern und Zündspäncchen unversteuert ausgeführt.

Der Bestand an unversteuerten Erzeugnissen betrug am 31. März 1930 12 361 Millionen Stück Zündhölzern, 31 Millionen Stück Zündspäncchen und 45 Millionen Stück Zündstäbchen gegen 10 962 bzw. 94 und 39 Millionen Stück am Ende des Rechnungsjahres 1928/29.

## Papier-Industrie

### Ein Neujahrsgruß der Wellpappenfabrikanten.

Am Silvesterabend erhielten wir vom „Api“ folgenden Neujahrsgruß vom 30. Dezember 1930 für die Wellpappenarbeiterschaft übermittelt:

„Wir kündigen hiermit das mit Ihnen am 17. April 1929 getroffene Abkommen betr. Reichslohntarif für die Wellpappenindustrie zum 4. Februar 1931.“

Warum kündigen die Wellpappenfabrikanten den Reichslohntarif? Weil auch sie der Lohnbaupolizei unrettbar verfallen sind!

Herunter mit den Tariflöhnen! Das ist der Neujahrswunsch der Wellpappenfabrikanten an ihre Arbeiterschaft. Kolleginnen und Kollegen! Seantworten wir diese Forderung der Unternehmer damit, daß wir die Agitation unter der unorganisierten Wellpappenarbeiterschaft mit erhöhter Kraft führen. Rütteln wir die Denksäulen auf, zeigen wir den Unorganisierten, daß es um die Existenzbedingungen der Wellpappenarbeiterschaft geht. Stärken wir die Organisation der Wellpappenarbeiter, den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands!

O. Stähler.

### Niederschrift über die Sitzung des Tarifamtes der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie am 30. Dezember 1930 in Berlin.

Anwesend sind:

- als Arbeitgebervertreter die Herren: Diamant, Helmbrecht, Dr. Leopold;
- als Arbeitnehmervertreter die Herren: Graf, Eins, Näcker, Stähler.

Vorsitz leitend: Herr Diamant, Schriftführer: Herr Graf.

Antrag auf Lohnregelung der Gruppe Helsen, Helsen-Raffan. Von Arbeitgeberseite erschienen die Herren Dr. Groß und Dr. Kettler, von Arbeitnehmerseite die Herren Bruns, Graf, Mandl und Betriebsräte. Die Parteien sind mit der Befestigung des Tarifamtes einverstanden. Es wird zur Sache verhandelt. Von Arbeitgeberseite wird Herabsetzung des Ecklohnes von 85 Pfennig auf 74 Pfennig beantragt.

Die Arbeitnehmerseite beantragt, den Antrag der Arbeitgeberseite abzulehnen und den geltenden Lohnsatz auf ein Jahr zu verlängern.

Wegen Stimmengleichheit kommt ein Schiedspruch nicht zu Stande.

II. Antrag auf Lohnregelung für die Gruppe Pommern-Mecklenburg. Von Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Dr. v. Corsmann, v. Altrick, Barnickel, Benzinger, Morgenstern, von Arbeitnehmerseite die Herren Wichelbitter, Klünder, Balleng und Betriebsräte.

III. Antrag auf Lohnregelung für die Gruppe Hannover. Von Arbeitgeberseite erscheinen die Herren v. Tschirch, v. Altrick und Barnickel, von Arbeitnehmerseite die Herren Scheinhardt und Betriebsrat.

Wegen Stimmengleichheit kommt ein Schiedspruch nicht zu Stande.

**Nahrungsmittel-Industrie**

**Zur Wirtschaftspolitik der Zuckerindustrie.**

Fachzeitschriften der Zuckerindustrie und Tagespresse haben sich in den letzten Wochen sehr eingehend mit dem Zuckerproblem beschäftigt. Ursache zu diesen Auseinandersetzungen ist die große Differenz zwischen Weltmarktpreis und Inlandspreis für Zucker und die große Überproduktion als Ursache des niedrigen Weltmarktpreises.

In der Verordnung vom 1. Dezember 1930 ist ja vorgesehen, daß die Zuckerindustrie erst in einem Zwangskontingent unterworfen werden kann.

Schon vor Jahren wurde der Versuch unternommen, ein Kartell auf internationaler Grundlage für den Weltzuckermarkt zu schaffen, das die Aufgabe haben sollte, Produktion und Verbrauch einander anzupassen.

Bei einem normalen Vorrat von 227 000 Tonnen verfügt die deutsche Zuckerindustrie bei der diesjährigen Produktion über einen Überschuß von 912 855 Tonnen.

Die deutsche Zuckerindustrie hat sich vor der allgemeinen Konferenz schon auf einer gewissen Linie über Ausfuhranteile usw. verständigt.

Hauptrohrzuckerländer Kuba und Java sollten 24,3 bzw. 23,8 Prozent des Überschusses zurückbehalten.

Die deutsche Zuckerindustrie begründet ihren Standpunkt auch damit, daß sie nicht allein vom letzten Jahre, sondern von den Verhältnissen des Jahres 1914 ausgehen müsse.

„Sie beziehen sich auf das Jahr 1913/14, um zu zeigen, daß Europa nicht für die Überproduktion zu fabeln wäre, Europas Anteil an dem Gesamtexport wäre zu jener Zeit viel größer als jetzt gewesen.“

„Es hätte in der Welt einen furchtbaren Zuckerhunger während des Krieges und nach dem Krieg gegeben insofern des gänzlichen oder teilweisen Stilllegens vieler Rübenzuckerfabriken, falls die Rohrzuckerländer nicht unter riesigen Geldinvestitionen die Welt mit Zucker versorgt hätten.“

Deutschlicher, als es in diesem Schreiben geschieht, hat man deutschen Unternehmern wohl selten die Folgen des Krieges vor Augen gehalten.

Die deutsche Zuckerindustrie beansprucht für das Jahr 1930/31 einen Ausfuhranteil von 450 000 Tonnen und für die nächsten Jahre einen solchen von 350 000 Tonnen.

Die Situation ist auf dem Weltmarkt für Zucker so, daß die deutsche Zuckerindustrie nur unter einem besonderen Schutz überhaupt noch Zucker herstellen kann.

Will die deutsche Zuckerindustrie in diesem Jahre nach ihrem eigenen Vorschlag 500 000 Tonnen Zucker dem Weltmarkt einführen, also nicht zur Ausfuhr bringen, dann kann sie das nur dadurch, daß sie den Zucker einlagert und in den kommenden Jahren absetzt.

**Verschiedene Industrien**

**Reichslohntarifvertrag für Heimarbeiter.**

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für Heimarbeiter wurde bisher in der Praxis nur örtlich und bezirklich vereinbart oder festgesetzt.

für die Karneval- und Festartikelindustrie im Deutschen Reich wurde zum ersten Male mit behördlichem Zutun der Versuch gemacht, die Löhne der Heimarbeiter der genannten Branchen für das gesamte Reichsgebiet zu regeln.

Durch Anordnung des Reichsarbeitsministers wurde der Gesamtsachauschuß am 3. November 1928 errichtet.

In seiner Sitzung vom 17. Mai 1929 setzte der Gesamtsachauschuß Mindestentgelte in Form von Stundenlöhnen nach Gruppen fest.

Es waren bis zum 13. Dezember 1930 Arbeitszeitschemen aufgestellt über die Herstellung von Girlanden, Mützen in verschiedener Form, Laternen in verschiedenen Fassons, Pflöcken und Klaischen, Nebelhörner, Knallbonbons, Fahnen, Rüssel u. dergl.

Der Arbeitszeitschementarif ist ein Akkordtarif. Er wurde für die Heimarbeit gewählt, weil durch ihn die Entlohnung gerechter als früher gestaltet werden kann.

Stellt eine Heimarbeiterin Nebelhörner von 46 Zentimeter mit Wedel her und will sie ihre Arbeit nach Tarif berechnen, so muß sie Einblick in den Tarif nehmen.

V. Nebelhörner. je Gros Lohn- a) Nebelhörner, 15-17 Zentimeter: Minuten gruppe

Table with 2 columns: Minuten, Lohngruppe. Rows include: 1. Wickeln (20), 2. Mit Papier umkleben (30), 3. Mundstück aufsetzen und Stimme eindrücken (30), 4. Zusammenstecken (5).

Table with 2 columns: Minuten, Lohngruppe. Rows include: 1. Wickeln (25), 2. Mit Papier überkleben (45), 3. Mundstück aufsetzen und Stimme eindrücken (30), 4. Zusammenstecken (7).

Auf Nebelhörner von 18 bis 35 Zentimeter kommt ein dementsprechender Zuschlag.

Table with 2 columns: Minuten, Lohngruppe. Rows include: bis 25 Zentimeter (40), bis 35 Zentimeter (50), bis 45 Zentimeter (55), bis 63 Zentimeter (60).

Die Heimarbeiterin hat nunmehr festzustellen, welche Arbeitsgänge sie auszuführen hat.

Table with 2 columns: Minuten, Lohngruppe. Rows include: 1. Wickeln (25), 2. Mit Papier überkleben (45), 3. Mundstück aufsetzen und Stimme eindrücken (30), 4. Zusammenstecken (7).

Es ergibt sich nunmehr die Berechnung des Lohnes wie folgt:

Table with 2 columns: Minuten, Lohngruppe. Rows include: 107 Minuten in Lohngruppe 2 (53,5 Pf.), 45 Prozent Größenaufschlag (24,07 Pf.), 60 Prozent Zuschlag für Wedel (77,57 Pf.).

Für 1 Gros 46-Zentimeter-Nebelhörner mit Wedel läßt der Heimarbeiter also rund 125 Pf. gezahlt werden.

Die Aufstellung eines Arbeitszeitschemas erfordert eine Falle von Kleinarbeit, insbesondere eine genaue Beobachtung der Arbeitsvorgänge in der Heimarbeit.

Die Aufstellung eines Arbeitszeitschemas erfordert eine Falle von Kleinarbeit, insbesondere eine genaue Beobachtung der Arbeitsvorgänge in der Heimarbeit.

Seite wurde die Aufstellung eines Arbeitszeisschemas lange Zeit als unmöglich hingestellt. Jeder Versuch müsse an der Vielgestaltigkeit der Industrie und ihrer unzähligen verschiedenen Artikel scheitern. Die Unternehmer haben ihren Standpunkt nicht aufrechterhalten können. Trotz „Vielgestaltigkeit“ und „unzähliger verschiedener Artikel“ ist der Arbeitszeisschemen-tarif geschaffen und wird bei der Berechnung der einzelnen Artikel als Erleichterung empfunden.

Der Arbeitszeisschemen-tarif ist in der Tat eine Erleichterung. Sind in der Karneval- und Festartikelindustrie auch sehr viele Artikel vorhanden, so kennen aber die Arbeitsmethoden, die zur Herstellung der Artikel Anwendung finden, Grenzen. Es gilt deshalb für uns nicht, alle Artikel der Karneval- und Festartikelindustrie tariflich zu erfassen, sondern in erster Linie die Arbeitsmethoden. Die Arbeitsmethoden in Arbeitsgänge aufgeteilt und zu Arbeits-schemen zusammengefaßt, ergeben einen brauchbaren Schlüssel zur Berechnung der Heimarbeit in einer Industrie, die in der Arbeitsweise vielgestaltig und in verschiedenen Artikeln reichhaltig ist. Einen solchen Schlüssel herzustellen, der vereinfacht anstatt zu komplizieren, ist gelungen. Der Gesamtschluß hat am 13. Dezember 1930 den von dem Verband Deutscher Karneval- und Festartikelfabrikanten, e. V., Leipzig, einerseits und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Hannover, dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Berlin, und dem Gewerksverein der Heimarbeiterrinnen, Berlin, andererseits am selben Tage vereinbarten Heimarbeit-er-lohn-tarif über die Entgelte für die Heimarbeit in der Karneval- und Festartikelindustrie im Deutschen Reich für allgemeinverbindlich genehmigt.

Die Laufdauer des Heimarbeitertarif über die Entgelte begann am 1. Januar 1931 und endet mit dem 31. Dezember des gleichen Jahres. Wird der Vertrag nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt, so läuft er jeweils ein Jahr weiter.

## Internationale Arbeiterbewegung.

### Verbandstag des Norwegischen Chemiarbeiter-Verbandes.

Die Einladung zum Verbandstag unseres Bruderverbandes führte uns mitten in den hohen Norden. Norwegen hat 2 800 000 Einwohner, davon wohnen 260 000 in der Hauptstadt Oslo, wo der Verband seinen Sitz hat und der Verbandstag stattfand. Die Gewerkschaftsorganisation des Landes ist zahlenmäßig und finanziell gut, es sind 130 000 organisiert, von den zirka 300 000 Lohn- und Gehaltsempfängern sind das 43 Prozent. Unser Bruderverband, der Norwegische Chemiarbeiterverband zählt 9700 Mitglieder. Neben ihm besteht noch der Verband der Papierarbeiter mit 12 000 Mitgliedern und ein Verband ungelerner Arbeiter mit 6000 Mitgliedern. Die ersten beiden Verbände sind vollständig, der dritte mit einem Teil seiner Mitgliedschaft der Internationale der Fabrikarbeiter angeschlossen.

Der Norwegische Chemiarbeiterverband war früher mit den Papierarbeitern, Bergarbeitern, Textil-, Gemeinde- und Straßenbauarbeitern im Norwegischen Arbeitsmannverband vereinigt. Entsprechend einem Beschluß des norwegischen Gewerkschaftskongresses sind eigene Verbände für Papierindustrie und Chemie gebildet worden. Zur Chemie zählen unter anderem auch die Zündholz-, Zement-, Glas- und Porzellan-industrien. Der Verband hatte im Jahre 1929 eine Gesamteinnahme von 489 100 norwegische Kronen (eine Krone ist 1,12 Mark), eine Gesamtausgabe von 348 760 Kronen, einen Vermögensbestand am 31. Dezember 1929 von 512 875 Kronen.

Der Durchschnittslohn unserer norwegischen Kollegen wird mit 1,26 Kronen angegeben, Gelernte haben 1,50 Kronen. Die Preise für die Lebenshaltung sind zum Teil niedriger, zum Teil höher als in Deutschland. Billiger sind Fleisch, Fische, auch geräucherter Kaffee und Tee, teurer sind Obst, Bier, Wein, Spirituosen, Zigarren, Tabak, Schuhe, Kleider, internationales Porto. Viel Geld muß man ausgeben in den Wirtschaften für Übernachtung, Mittag- und Abendessen; es ist aber reichlich und gut, auch die stärksten Esser kommen auf ihre Rechnung. Kleidung, Schuhwerk kosten in Kronen soviel wie in Deutschland nach Mark. Die Mietpreise sind hoch.

Die Sorge um die große Zahl der Arbeitslosen geht durch das ganze Land, besonders durch die Gewerkschaften und Gemeinden und beschäftigt auch in sehr starker Weise die Öffentlichkeit. Unser Bruderverband hat bei 9700 Mitgliedern 1600 Arbeitslose = 16 Prozent. Der Papierindustriearbeiterverband hat bei 12 000 Mitgliedern 4000 Arbeitslose und Kurzarbeiter.

Der Chemiarbeiterverband hat keine Arbeitslosenunterstützung. Auch staatliche Arbeitslosenversicherung oder -unterstützung gibt es nicht. Dem Reichstag liegt jetzt ein Antrag auf Einführung staatlicher Arbeitslosenversicherung vor. Gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung haben unter anderem die Buchdrucker und Metallarbeiter. Beide bekommen vom Staat die Hälfte ihrer ausgeworfenen Unterstützungen zurück. Der Metallarbeiterverband zahlt wöchentlich 21 Kronen bei fünfjähriger Mitgliedschaft und einem Beitrag von 2,25 Kronen, während der höchste Beitrag im Chemieverband 1,35 Kronen beträgt.

Die Gemeinden müssen die zahlreichen Arbeitslosen selbst unterhalten. Die Stadt Oslo zahlt an Verheiratete ohne Kinder 15-18 Kronen pro Woche, an Verheiratete mit Kindern bis 30 Kronen, sie gibt Mietzuschüsse und hat auch zu einer Wohltätigkeitslotterie für die Arbeitslosen 100 000 Kronen gestiftet.

Der Verbandstag begann am Sonntag, dem 7. Dezember, im Volkshaus und dauerte bis Sonntag, den 14. Dezember 1930. Das Volkshaus ist ein im Stadt-

mittelpunkt liegendes größeres Anwesen. Es macht von außen einen etwas düsteren Eindruck. Dort befinden sich die Büros der meisten Gewerkschaften und der politischen Organisation, auch die Redaktion des „Arbeiterblättes“. Im Gegensatz zum äußerlichen Ansehen des Hauses ist der Saal in einer recht vornehmen Aufmachung neu hergerichtet und mit Freiheitsbildern und den Bildnissen von Arbeiterführern versehen.

Anwesend waren 124 Delegierte, darunter drei Frauen, 21 Vorstands- und Hauptvorstandsmitglieder, darunter drei besoldete. Die Delegierten mußten zum Teil tagelange Eisenbahnfahrten zurücklegen, um nach der Landeshauptstadt Oslo zu gelangen. Die Verbandstagsvertreter waren fast alle jüngere Kollegen und Kolleginnen.

Der Verbandstag wurde mit einigen Gesangsvorträgen eines Osloer Künstlers eröffnet. Die Hauptzahl der Gäste stammte, wie nicht anders zu erwarten, aus den skandinavischen Ländern, außerdem waren die Internationale der Fabrikarbeiter, die Fabrikarbeiterverbände aus Deutschland, Holland, die Tschschei durch ihre deutsche und auch tschechische Organisation vertreten. Österreich hatte wegen Erkrankung des Delegierten verzichten müssen. Eine Anzahl Begrüßungsschreiben und -telegramme waren eingegangen.

Die Vertreter der Internationale wurden freundlich und herzlich begrüßt. Die Opposition bedauerte und verurteilte die Nichteinladung des russischen Chemieverbandes. Die Verbandsleitung setzte die Gründe auseinander. Ein Antrag, die Russen zuzuziehen, bekam 12 Stimmen. Das gleiche Stimmenverhältnis trat auch bei den sonstigen Anträgen der Opposition in Erscheinung. Mehr als 12 Stimmen entfielen selten auf ihre Anträge, meist etwas weniger.

## Nicht Putschismus, sondern Sozialismus.

Die Arbeiterklasse wäre das Opfer einer verhängnisvollen Illusion und einer Art krankhafter Befessenheit, wenn sie das, was nur die Taktik der Verzweiflung sein kann, als eine Methode der Revolution auffassen wollte. Außer den konvulsischen Anfällen, für die man keinerlei Voraussicht und Regel haben kann, und die manchmal in der Geschichte das äußerste Hilfsmittel in der höchsten Not sind, gibt es heute für den Sozialismus nur eine ansehnliche Methode: die Majorität auf gefeiertem Wege zu erobern.

Jean Jaurès (aus „Theorie und Praxis“).

Der Antrag auf Zuziehung der kommunistischen Presse zur Berichterstattung wurde abgelehnt. Wieder traten die Oppositionsführer auf den Plan, um eifrig, wenn auch durch die Bank recht ruhig, ihre Auffassung zu vertreten. Der Oppositionsführer versuchte, seine Rede mit allerhand Witzen auszuschnücken. Die Lacher hatte er meist alle, auch bei seinen Gegnern, auf seiner Seite, aber der Erfolg blieb aus. Fast alle Redner brachten ihre Ansichten ruhig und gelassen zum Ausdruck, nur selten wurde es lebendiger oder gar leidenschaftlich.

Zum zweitenmal erfolgte, diesmal noch umfangreicher als zuvor, eine Russendebatte. Die Opposition, diesmal aber verstärkt durch viele Sympathisierende, verlangte Zulassung der russischen Chemiarbeiter und internationale Zusammenarbeit mit ihnen. Es wurde mit Mehrheit ein Beschluß gefaßt, man wolle insbesondere mit den deutschen Chemiarbeitern zusammenwirken, aber auch eine engere Verbindung mit den Russen herstellen, dabei aber die Mitgliedschaft in der Amsterdamer Zentrale aufrechterhalten.

Ganz anders wie bei uns erfolgte die Berichterstattung. Die mündliche Berichterstattung fiel ganz weg. Der Verhandlungsleiter las aus den gedruckten vorliegenden Berichten der Jahre 1927, 1928 und 1929 das Inhaltsverzeichnis vor. Wenn Wortmeldungen nicht erfolgten, war der Bericht bestätigt. Im anderen Fall wurde über den betreffenden Punkt geredet und manchmal recht lange.

So entstand eine wesentliche Aussprache über das internationale Salpetersyndikat und andere Trusts. Die Verpflichtung der Internationale der Fabrikarbeiter, diesen internationalen Verbindungen eine geschlossene Arbeiterklasse entgegenzustellen, wurde durch Beschluß hervorgehoben.

Auffällig war der Redeeifer. Schon bei der Aussprache über die Geschäftsordnung traten acht Redner auf. Obwohl die meisten nur sehr kurze Zeit sprachen, dauerte der Verbandstag aus diesen Gründen wesentlich länger, als das bei der zu bewältigenden Tagesordnung für deutsche Verhältnisse verständlich ist.

Nach der Geschäftsordnung ist die Redezeit allgemein 15 Minuten, für den zum zweitenmal auftretenden Redner fünf Minuten. Es wird aber bei den einzelnen Punkten meist eine kürzere Redezeit beschlossen, die bis auf zwei Minuten herunterging. Sonst würde bei den vielen Rednern die Tagesordnung nicht einmal in einer Woche erledigt werden können.

Das Licht war in Oslo, besonders auch im Kongreßsaal, stark abgedämpft; Lesen und Schreiben war infolgedessen reichlich erschwert.

Da im Hotelgewerbe Arbeits- und Lohnstreitigkeiten bestanden, die am Freitag zur Arbeitsniederlegung führen sollten, wurde versucht, die Debatte

so zu führen, daß am Freitag Schluß sein sollte. Das würde die Einschränkung vieler Reden bedeutet haben, ist aber nicht durchgeführt worden; erst am Sonntagmittag war das Ende erreicht.

Bei der Berichterstattung über die zurückliegenden drei Jahre erfolgte eine stundenlange Debatte über die Zahlung von Streikunterstützung an Mitglieder, die einen bankrotten Betrieb bestreikt und dadurch völlig stillgelegt hatten. Es wurde nach Beratung und Berichterstattung einer eingesetzten Kommission beschlossen, daß den Streikenden 10 000 Kronen Sonderunterstützung bewilligt werden. Die Vorstandsentscheidung würde als recht angesehen, aus Billigkeitsgründen und zur Behebung der Notlage soll diese Unterstützung erfolgen.

Die Opposition betonte wiederholt ihren Tadel über die Geschäftsführung des Hauptvorstandes, der den Klassenkampf nicht genügend betont und betreibt. Die Mehrheit stimmte für die Geschäftsführung des Vorstandes und hieß sie gut.

Im Verband besteht eine Sterbekasse. Die Vertreter wollten, daß bei der Unterstützung die Jahre der Mitgliedschaft zählen sollen, während der Hauptvorstand die geleisteten Beiträge zugrunde legen will. Er kam mit seiner Auffassung nicht durch. Wer 15 Jahre Mitglied ist, hat Anspruch auf 1000 Kronen Sterbegeld. Er muß in den 15 Jahren aber mindestens 520 Beiträge geleistet haben; wenn das Mitglied inzwischen 70 Jahre alt geworden ist, steht ihm auch schon bei Lebzeiten diese Summe zur Verfügung.

Dem Verbandstag lagen Anträge vor, auch im Chemiarbeiterverband Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit zu vertagen, bis die Entscheidung im Reichstag gefallen ist. Lehnt dieser die staatliche Versicherung ab, dann soll Urabstimmung über Einführung einer Verbands-Arbeitslosenunterstützung vorgenommen werden.

Ein recht großer Teil der norwegischen Gewerkschaftler sympathisiert mit der russischen Gewerkschaftsinternationale. Wiederholte Besprechungen haben mit den russischen Gewerkschaften stattgefunden, Vereinbarungen wurden abgeschlossen. Sie sind fast alle an der Unaufrichtigkeit der Russen gescheitert.

Am Freitagmorgen erfolgte die mit Spannung erwartete Auseinandersetzung über die kommunistische Fraktionsbildung im Verband. Sie endete mit der Annahme einer Entschließung des Hauptvorstandes, in der zum Ausdruck gebracht wurde:

Es ist Pflicht jedes Mitgliedes und jeder Ortsgruppe, einen durch das Statut begründeten Beschluß zu respektieren. Die Minderheit hat sich diesen Beschlüssen zu fügen und mitzuwirken, daß sie durchgeführt werden.

Mitglieder und Ortsgruppen können nicht im Verband eigene Organe bilden. Nur im Statut vorgesehene und vom Hauptvorstand bestätigte Organe haben Geltung.

Während Arbeitsstreikigkeiten und Streiks müssen die Ortsgruppen und ihre Mitglieder darauf achten, daß nur der Verband die Leitung übernimmt, nicht Unorganisierte.

Der Hauptvorstand wird beauftragt, auf die Durchführung dieser Beschlüsse zu achten.

Der Verbandstag deckt den Beschluß des Hauptvorstandes auf Ausschluß von sieben Mitgliedern.

Der Grund zu diesen Beschlüssen (nur 13 Unentwegte stimmten dagegen) lag in dem Ausschluß von sieben Mitgliedern, die die Anweisungen des Hauptvorstandes und die Beachtung der Statuten abgelehnt hatten. Einem Vertreter der Ausgeschlossenen wurde unbeschränkte Redefreiheit zugestanden; er machte auch über eine Stunde lang davon Gebrauch. Der Oppositionsführer hatte nochmals die gleichen Absichten, wurde daran aber durch die Geschäftsordnung und deren Handhabung durch den Vorsitzenden gehindert.

Gegen einen Antrag auf Herabsetzung der Verbandsbeiträge wändte sich der Hauptvorstand mit dem Erfolg, daß diese Anträge abgelehnt wurden. Der Beitrag bleibt unverändert.

Ein Antrag auf weitere Beitragsermäßigung bzw. völlige Befreiung für Kurzarbeiter fand ebenfalls keine Mehrheit. Auch der Antrag auf Beitragsbefreiung während der Ferien wurde abgelehnt. Abgelehnt wurde ein Antrag, der dem Vorstand den Erwerb von Aktien der Privatindustrie verbieten will.

Den Mitgliedern wurde empfohlen, der Genossenschaft beizutreten.

Ein Antrag, Tarifverträge mit den Arbeitgebern nur auf ein Jahr abzuschließen, verfiel der Ablehnung.

Eine Ortsgruppe beantragte, eine erweiterte Vertretung der Mitglieder bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern zuzuziehen. Der Hauptvorstand schlug vor, es bei der gleichen Verteilung zu lassen, wie sie heute besteht. Das wurde beschlossen.

Grenzstreitigkeiten kennt man in Norwegen auch. Ein solcher Streit besteht mit dem Elektrikerverband. Der Gewerkschaftsbund hat unserem Bruderverband recht gegeben. Er soll nochmals angerufen werden. Verlangt wurde die Errichtung eines Fonds zum Besten gemäßigter Mitglieder. Dieser Antrag soll dem Gewerkschaftskongreß übermittelt werden.

Für die arbeitslosen Mitglieder wurden 35 000 bis 40 000 Kronen für die Arbeiterpartei 5000 Kronen und für den Arbeitersportverband 1000 Kronen bewilligt.

Die drei Angestellten, zwei Vorsitzende und ein Kassierer, wurden wiedergewählt, ebenso die unbesoldeten Vorstandsmitglieder mit einer Ausnahme.

Der Verbandstag wurde am Sonntag, dem 14. Dezember, mittags 2 Uhr, nach reichlich sieben vollen Arbeitstagen geschlossen.

Im Auftrage der ausländischen Gäste bringen wir hierdurch noch einmal zum Ausdruck, daß wir in Oslo viel gelernt haben, und sagen unseren Gastgebern herzlichsten Dank für ihre vielseitige Gastfreundschaft und Hilfe.

# Unterhaltung, Wissen und Bildung

## Der „Zivilwachtmeister“.

Eine köstliche Anekdote aus alter Zeit.  
Von W. Apel.

Sie und da findet man, besonders in den ländlichen Gegenden Deutschlands, noch den sogenannten „Wachtmeister“, ein dickbauchiges Schnapsglas, das sich durch sein enormes Fassungsvermögen auszeichnet. Es diente früher in den Wirtschaften dem sogenannten „Zutrinken“, wobei das Glas in der Runde herumging und jeder einen Schluck aus ihm nahm. Hatte der erste Gast getrunken, so reichte er das Glas dem Nebenmann mit der Aufforderung: „Gied et widder!“ (Gib es weiter!) War die Reihe an dem Letzten und das Glas geleert, füllte es der Wirt aufs neue und das Glas machte die Reise zurück, wobei er es dem Letzten mit der Aufforderung: „Sou jeh so rüm!“ (so jeh so herum) überreichte. Aber diese damalige Trinkweise besteht eine hübsche Anekdote, die folgendes besagt:

Die Bauern eines mitteldeutschen Kirchspiels hatten sich mit ihrem Pfarrer vertragen und mieden ostentativ das Gotteshaus. Um den Pastor zu ärgern, begaben sie sich bei Beginn des Gottesdienstes vor der Nase des Seelsorgers in das bei der Kirche gelegene Gasthaus und sprachen auf ihre Art dem geistigen Labial zu. Dem Pfarrer wurde die Sache eines Tages zu dumm, und er wandte sich beschwerend an den Landesfürsten in höchst-eigener Person. Dieser versprach dem Ortspfarrer, die gottlose Wande zur Reue bringen zu wollen. Eines Sonntagmorgens erschienen die Bauern, an der Spitze der Gemeindevorsteher, wieder in der Kirche und befehligen sich des Zutrinkens. Beim Betreten des Gasthauses fanden die Bauern in einer Ecke sitzend einen Fremden, der den Manteltragen hochaufgeschlagen hatte, den sie aber weiter nicht beachteten. Eben machte der „Wachtmeister“ wieder die Runde, als der unerkannte Fremde aufstand, den Manteltragen zurückwarf, und nun erkannten die erkaunten Bauern ihren „Landesvater“. Dieser trat vor den Gemeindevorsteher und verabreichte ihm eine schallende Ohrfeige mit dem Befehl: „Gied se widder!“ Gehoramt gab das Gemeindevorhaupt die erhaltene „Wäsche“ weiter. Als der letzte der Abkömmlinge seine Ohrfeige erhalten hatte, befahl der gestrenge Landesvater: „Sou jeh so rüm!“ und die Ohrfeigen klappten in der umgekehrten Reihenfolge. Dann verschwand der Gestrenge. — Wie es heißt, soll der Kirchenbesuch danach besser geworden sein!

## Weshalb das Maultier ausschlug.

Von L. F. Fuller.

Aus dem Englischen von Herminia zur Mühlen.

Einmal lebte ein Maultier, das einen Herrn hatte. Der Herr zwang es hart zu arbeiten und gab ihm bloß schlechte Nahrung und eine armeisige Wohnung.

Das Maultier wurde aber sein hartes Los. Der Herr erklärte ihm, es dürfe nicht murren und sich beklagen, sondern müsse sich mit der Lage, die Gott der Herr für es bestimmt habe, zufrieden geben. Auch redete er zum Maultier: Du bist ein kluges und gutes Tier und versprach ihm bessere Zeiten. Doch diese besseren Zeiten kamen nie.

Eines schönen Tages rief dem Maultier die Geduld, es hob die Hinterbeine, schlug an und warf den Herrn aus der Umzäunung. Sobald der Herr seine Sinne wieder erlangt hatte, fragte er empört das Maultier, was dieses unziemliche Benehmen bedeuten solle?

Das Maultier erwiderte:

Ich bin der harten Arbeit, der schlechten Nahrung und Behausung überdrüssig. Ich habe das unentwegte Schaffen satt, will Ruhe haben, um mein Maultierleben genießen zu können. Ich bin bereit, eine gewisse Zeit zu arbeiten, doch weigere ich mich, ohne Lohn, unablässig, schaffen zu müssen.

Der Herr sprach:

Undankbares Tier. Vergißt du denn, daß ich dir eine Beschäftigung gebe? Was würde aus dir, gäbe ich dir keine Arbeit?

Das Maultier erwiderte:

Wohl gibst du mir Arbeit, doch bedürfte ich erst dann der Arbeit, da du das Gras umzäunest. Du sagst, Gott habe mich in diese Lage versetzt, doch zweifle ich daran. Indem du mir die Lebensmöglichkeiten nimmst, bevor du mir als Gnade Beschäftigung gibst, begehst du gegen mich ein großes Verbrechen. Bevor du mich bearbeitest, mußte ich nur meinen Lebensunterhalt verdienen. Dies fiel mir leicht und ließ mich auch noch Mühselstunden. Nun muß ich auch für dich verdienen, arbeite mienweg und finde keine Zeit.

Der Herr sprach:

Da verstehst anscheinend den Segen der Arbeit nicht zu würdigen. Gott sei mir dankbar sein, wie dies dein Vater war. Er arbeitete für mich. War ein charakterloses Tier, immer arbeitssam, bereitwillig, demütig und zurücken. Er war das Ideal eines Arbeiters, eine große bürgerlich-politische Partei stellte ihn ihren Anhängern als Vorbild dar, als das höchste Ideal eines Arbeiters. Ich zwang deinen Vater, viel härter zu schaffen, als dich, gab ihm weniger Nahrung und eine weit schlechtere Behausung, trotzdem hat er nie angeklagt.

„Ja“, entgegnete das Maultier. „Davon hörte ich auch. Doch es ist allgemein bekannt, daß mein Vater ein Esel war.“

## Der Mut.

Von Alexander von Sacher-Masoch.

Moische Jgel war über dem Schankisch eingeschlafen.

Die ganze Besatzung bestand aus einer gelblich flackernden Flamme, die von Deckenbalken niederbaumelte. Moische Jgels glatter Schädel leuchtete wie eine polierte Kugel durch den Raum herüber, der die Wirtshaus war angefüllt mit dichtem Qualm, und in diesem nebelnden Rauch war es uns, die wir in einer Ecke des Schankraumes vor der Glühbirne saßen, als trüben wir auf einem geheimnisvollen Schiff durch unbekannte, ferne Gegenden. Wir trübten dahin, ohne zu wissen, woher wir kamen und wo wir einmal landen würden, und die Geschichten, die wir einander erzählten, schienen nur dazu da zu sein, um uns die Zeit zu verbürzen auf dieser ungewissen, endlosen Reise.

Der Mut, meine Lieber, — wir ist, als hätte er in den Erzählungen unseres herrigen Wirts eine Hauptrolle gespielt. Und doch ist es mit dem Mut eine verwickelte Sache. Ich will ja nicht gegen die Helben großer und gefährlicher Abenteuer jagen, aber im letzten Leben ... Da fällt mir eine Geschichte ein, die ich selbst erlebte.

Die Stimme — ich hörte durch den schweren, wolkigen Nebel nur die Stimme, und sie schien mir aus großer Ferne zu kommen — rief mich an und begann:

Wir befanden uns auf einer Fährschiffen auf der großen Dnieper. Ich hatte meinen Koffer mit mir mit zwei Mann. Obwohl wir die schweigende Landschaft entlangfuhren, hatten wir schon seit drei Stunden alle Orientierung verloren. Ihr müßt, um das zu verstehen, jene Gegenden kennen. Überall diese endlosen Landschaften, überall rechts und links diese endlosen Weizenfelder,

das ganze Bild nur selten von dem fernem Dach einer Hütte oder dem langen Arm eines Ziehbrunnens unterbrochen. Diese große Einsamkeit bringt es mit sich, daß man mitunter nicht mehr weiß, wohin man eigentlich möchte. Die Sonne fiel grell und drückend, und wir fuhren in diesem Schweigen nebeneinander her. Die Straße war so breit, daß wir alle vier in einer Reihe Platz hatten. Plötzlich vernahm ich einen Schrei. Einer der Leute hatte hinter sich geblickt und schien etwas Ungewöhnliches bemerkt zu haben. Wir hielten unsere Räder an und gewahrten, hinter uns blickend, auf der Landstraße eine schwarze Kugel, welche sich uns mit ungeahnter Schnelligkeit näherte. Wir sahen uns verblüfft an. Aber da war nicht viel Zeit zum Überlegen, denn plötzlich brüllte mein Unteroffizier erschrocken:

Vorwärts, Herr Leutnant, auf die Räder! Es ist ein Wäffel!



Es war wirklich einer von diesen großen, schwarzen Teufeln, wie sie auf der Tiefebene vorkommen. Wir ließen uns nicht zweimal ermahnen, sondern traten in die Pedale, was das Zeug hielt. Wir flogen nur so über die Landstraße dahin. Aber das schien nicht viel zu nützen, denn wenn wir von Zeit zu Zeit ängstlich über die Schulter blickten, sahen wir, daß der Wäffel sich uns mit großer Geschwindigkeit näherte. Er stampfte und fauchte dabei wie eine Lokomotive. Da war guter Rat teuer, denn wir wußten aus Erfahrung, daß so ein Kerl von ungläublicher Hartnäckigkeit besetzt ist, wenn es gilt, einen Menschen zu verfolgen. So ging das eine kleine Weile, der Schweiß trat uns aus den Poren vor Anstrengung, und wir traten die Pedale wie die Wilden. Da winkte uns im letzten Augenblick Rettung. Vor uns versperrte ein großes, eichenes Tor quer die Landstraße. Es war ein Gehöft, das über die Straße gebaut war. Solche Höfe trifft man auf der großen Tiefebene häufig. Der Wäffel keuchte bereits knapp hinter unseren Rücken. Was jetzt folgte, währte kaum einen Augenblick. Knapp am Tor angelangt, reckten wir uns in den Pedalen hoch, ergriffen den Rand des Lenkers und schlangen uns in den dahinter befindlichen Hof hinüber. Alle vier zugleich. Unsere Sohlen hatten kaum den Boden berührt, da knallten die Hörner des Wäffels schon gegen die Balken des Tores. Aber es war aus gutem, schwerem Eichenholz und hielt stand. Wir waren gerettet. Wir sahen uns an, und als wir uns so in die verstörten Gesichter blickten, machten wir keineswegs den Eindruck von Helden. Ich wuschte mir den Schweiß aus den Augen und sah mich um. Das Gehöft lag im Schweigen der Mittagsstille und es schien niemand von den Leuten daheim zu sein. Ich hatte mich aber geirrt, denn von hinten aus der Richtung des kleinen Gemüsegartens näherte sich eine Gestalt. Es war ein daumelanger, kleiner Bauernjunge, so recht zerraut und schmierig, natürlich barfuß. Seine ganze Kleidung bestand aus einem Häuschen, das aber anscheinend aus der Haut eines Erwachsenen für ihn zurechtgeschneitten war, denn hinten war es ihm viel zu weit und das Hinterende bannte fast bis auf den Boden herab. Er schien die ganze Szene beobachtet zu haben, denn er näherte sich uns mit einer etwas schadenfrohen Grimasse. Dann häckte er sich, hob von der Erde eine kleine, dünne Weidengerle auf, sah uns noch einmal der Reihe nach an und dann tat er etwas, was wir nur deshalb nicht verstehen konnten, weil uns der Schreck den Atem verschlug. Der kleine Kerl schritt nämlich zum Tor, schob den Riegel zurück und öffnete es sperrangelweit. Hinter dem Tor stand natürlich immer noch der Wäffel mit geflinkten Hörnern. Er schien selbst sehr erstaunt zu sein, als der kleine Mann ihm entgegentrat. Wie wir nun sahen, hatte der Wäffel einen Ring in der Nase, es war also ein Nasenring, einer, der schon als Jagtier verwendet worden war. Diese kennen die Menschen und ihre Gewohnheiten genauer als die Herdentiere und sind, einmal wild geworden, auch weitaus gefährlicher. — Unser kleiner Kerl sagte nun mit Seelenruhe mit einem Finger der linken Hand in den Ring, stieß eine Flut der gefährlichsten Flüche und Beschimpfungen aus und hieb mit der Weidengerle ein Irrsinniger auf den Wäffel ein. Das Tier stand noch eine Weile reglos, dann wandte es den Kopf, schaukte mitleiderregend und ergriff die Flucht. —



Als wir in der Dämmerung zu Fuß dem unsere Fahrräder waren nicht mehr zu gebrauchen) den Heimweg antraten, sprach keiner von uns vierem ein Wort. Ich glaube, wir schämten uns unsäglich voreinander. So ist es nun mit dem Mut, wenn man ihn zu spät braucht, den kann man nicht vorbereiten, der ist von selbst da oder er fehlt von selbst.

Wir trüben im Nebel dahin auf einem unbekanntem Schiff und einige von uns erzählten Geschichten. Moische Jgel war am Schankisch eingeschlafen. Sein glatter Schädel leuchtete zu uns herüber wie eine polierte Kugel.

## Der Nazi und die jüdische Religion.

Aus Frankfurt wird uns folgendes witziges Zwischenpiel geschrieben:

Ein wahrer Geschichtchen will ich hier photographisch und grammophongetreu wiedergeben, so, als wenn ich eine Reportage abhalten müßte.

Mit meinem Mikrophon sind wir im Schlachthof der Stadt Frankfurt a. M.

Handelnde Personen der ersten Szene: Ein kräftig gebauter Nazi-Meßger und ein etwas schwächerer jüdischer Fleischergeselle.

Eine nebensächliche Meinungsverschiedenheit veranlaßt den Nazimann gegen den jüdischen Gesellen ansässig zu werden, und alle judenfeindlichen, widerlichen und sinnlosen Schimpfwörter schleudert er seinem Gegenüber ins Gesicht, so wie er es in den Hitlervermählungen gelernt haben mag:

„Du Drecksjud! Du Saujud! Juda verrecke!“

Seine Stimme überschlägt sich.

Seine Augen aber wetten sich weiß wie ein Schermentör, durch das die Ofen getrieben werden, als der Beleidigte seelenruhig in seine Westentasche langt, ein Fünzigpfennigstück nimmt, um es seinem Beleidiger mit freundslichem und doch ironischem Lächeln mit den Worten zu geben:

„Hier hast du 50 Pfennig, trink ein Glas Bier!“

Der Nazimann erkaunt:

„Du gibst mir 50 Pfennig, wo ich dich doch eben so schwer beleidigt habe?“

„Ja“, entgegnete der Schwächere, „du mußt wissen, daß mir meine jüdische Religion vorschreibt, daß wir dem, der uns schuldlos beleidigt, wohl tun sollen. Darum gab ich dir eben die 50 Pfennig.“

Dem Nazimann blieb die Spucke weg.

Der israelitische Meßger aber fuhr ruhig fort:

„Siehst du dort den jüdischen Meßgermeister Sch.? Der ist noch strenggläubiger als ich. Sagst du dem die gleichen Schimpfwörter, von dem bekommst du noch viel mehr! Mindestens das 10fache!“

Das läßt sich der „wackere“ Nazimann nicht zweimal sagen, er geht hinüber zum jüdischen Meßgermeister Sch., fängt mit ihm ohne jeden Anlaß einen Streit an und schimpft ihn, daß die Wände des Schlachthofes von „Juda verrecke“ und „Drecksjud“ widerhallen.

10 Minuten später fährt das städtische Krankenauto in den städtischen Schlachthof ein.

Die Sanitäter heben den ohnmächtigen Nazimann in den Wagen, nachdem sie seinen Nacktschädel mit vielmeterlangen Mullbinden unkenntlich gemacht haben.

Das Krankenauto verschwindet mit 60-Kilometer-Tempo nach dem nächsten Krankenhause, wo der Nazimann heute noch sinnend darüber Betrachtungen anstellt, daß selbst die jüdische Religion von ihren Gläubigen verschieden interpretiert werden kann.

Der schwächere jüdische Meßger wußte wohl, was er tat, als er seinem Beleidiger die 50 Pfennig gab und zur Lat gegen den jüdischen Meßgermeister Sch. aufforderte, denn Herr Meßgermeister Sch. ist bärenstark wie Siegfried und könnte es wohl mit dem Weltmeisterfingerring Schwarz und dem Weltchampion im Bogen, Schmeling, aufnehmen.

Ich habe nur noch zum Schluß an Eides Statt zu versichern, daß sich dieses tragikomische Hörspiel wirklich und wahrhaftig in den Novembertagen des Jahres 1930 im Schlachthof und Viehhof zu Frankfurt a. M. zugegetragen hat.

Und darf wohl noch den frommen Wunsch anschließen:

„Möge es so all denen ergehen, die Menschen beleidigen, und das nur aus dem einzigen Grund, weil der Angegriffene einer anderen Konfession, einer anderen Partei, einer anderen Nation angehört! Das wolle Gott!“

Lukas.

## Humoristische Ecke.

Die jeweils richtige Linie.

Die KPD. versandte Fragebogen zur Ausfüllung an jene Jungkommunisten, die sich für einen „Schulungskursus“ (gute Nacht, Schulung) gemeldet hatten. Eine unter den vielen Fragen lautete:

„Welche Linie vertrittst du?“

Darauf antwortete der wackere Jungkommunist:

„Die jeweils richtige!“

Der alte Kommunist soll — als er diese Antwort gelesen hatte — die Worte, Blüchers an Wellington ausgerufen haben:

„Du Held so jung an Jahren, an Klugheit und Bedacht so alt wie ich mit grauen Haaren!“

„Gott strafe!“

Während des Krieges schrien die über-Deutschen „Gott strafe England!“ Heute schreien sie „Gott strafe die Nazis!“ Aber Gott hat die Nazis schon gestraft dadurch, daß er ihnen Narren auf den Hals geschickt hat.

Sowjetdiplomaten.

„Ich soll zurück nach Moskau. Soll ich fahren oder mich gleich erschießen?“

„Selbstverständlich Selbstmord begehen! Von zwei Übeln wählt man das kleinere!“

(„Der Wahre Jakob.“)

Der Dackel ist schuld.

Am liebsten spielt Kurt mit dem Dackel. Als der Dackel eines Tages während des Spiels wieder jämmerlich quiescht, sagt der Vater: „Aber Kurt, ich habe dir doch schon oft gesagt, du sollst den Hund nicht immer am Schwanz ziehen!“

„Das tu ich gar nicht, Papa“, entgegnete der Kleine. „Ich halte nur den Schwanz, ziehen tut er.“

Wasser und Wein.

In einer Weinstube warf jemand die Frage auf: „Welcher Unterschied ist zwischen den trauernden Juden zu Babylon und den Weinbäubern?“

„Als niemand den Unterschied angeben konnte, antwortete der Fragesteller: „Die trauernden Juden saßen an den Wässern und weinten, während die Weinbäuber an den Weinen saßen und wässern.“

Zwei Blasinstrumente.

„Du, Ede, kennst den Unterschied zwischen Sargophon und a Sack Zement?“

„Ne.“

„Na, du Schafskopp, denn puste doch mal in beide ein!“

Bibelkundig.

Gast (die Kellnerin in den Arm kirschend): „Wie sind Sie nur zu Ihrem Vornamen gekommen, Fräulein Rebekka?“

„Nun, der paßt recht gut für eine Kellnerin; wissen Sie nicht, daß meine biblische Namensschwester Kamele getränkt hat?“